

**Arbeitsgruppe Zeitgeschichte
und Geschichtspolitik (Hrsg.)**

LANGE LINIEN DER GEWALT

**URSACHEN, DEUTUNGEN UND FOLGEN
DES ERSTEN WELTKRIEGES (1914-1918)**

INHALT

Einleitung	3
Salvador Oberhaus 1914 – Der Weg in den Ersten Weltkrieg Problemaufriss einer aktuellen Debatte	5
Zlatoje Martinov Gavrilo Princip – Held oder Terrorist? Das Attentat von Sarajevo und der Erste Weltkrieg	14
Boris Kanzleiter Wenn erinnern schwierig wird Sarajevo-Attentat, Erster Weltkrieg und die Idee der Balkanföderation	22
Luc Jochimsen 1914: Die Reichstagsdebatten zu den Kriegskrediten Eine szenische Lesung	25
Ein spielerischer und distanziert-gebrochener Zugang Interview mit Florian Weis	31
Jörn Wegner Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges	37
Holger Politt Im Wettlauf der Geschichte Rosa Luxemburg und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges	46
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	49

EINLEITUNG

Mehrere markante Jahrestage prägen die geschichtspolitischen Debatten in der Bundesrepublik und in Europa im Jahr 2014. Vor allem der Erste Weltkrieg erfährt unter den diversen Erinnerungsdaten ein außerordentliches Interesse in der politischen, akademischen und medialen Öffentlichkeit.

Der Beginn des Krieges vor 100 Jahren, im August 1914, bedeutete eine Zäsur der neueren Geschichte. Binnen der folgenden vier Jahre brachte der «Große Krieg», wie er etwa in Frankreich und Großbritannien heute noch genannt wird, ungeahnte Grausamkeiten, Vernichtung und brutale Ausbeutung von Mensch und Umwelt hervor. Die gesamte Gesellschaft, auch die Frauen, wurden in das Kriegsgeschehen hineingezogen. Erstmals setzten die Kriegsparteien zudem Massenvernichtungsmittel ein. Mit dem Kriegsende 1918 zerfiel dann das «alte Europa» – die politische, soziale, geostrategische und ökonomische Landschaft der Welt veränderte sich grundlegend. Die gesellschaftliche Szenerie war künftig von einer deutlichen Instabilität geprägt.

Zu einem Jahrestag wie «100 Jahre Erster Weltkrieg» kann es linker Geschichtspolitik nicht um einfache Nacherzählung gehen. Vielmehr muss die Deutung der Vergangenheit in den Mittelpunkt rücken und die Frage, welche Rolle der Krieg etwa in sozialistischen, bürgerlichen und faschistischen Narrativen der Zwischenkriegszeit spielte und welche Folgen die Ereignisse für die Gesellschaft bis heute haben. Dazu bedarf es Interventionen in die neu entfachte Debatte über die Kriegsschuld Deutschlands im Jahr 1914. Vor allem seit Christopher Clarks Untersuchung «Die Schlafwandler» aus dem Jahr 2012 zur Juli-Krise und zum Kriegsausbruch ist die Frage nach den Kriegsursachen einer hoch problematischen Neubewertung unterzogen. Die Verantwortlichkeiten für den Ausbruch des Ersten Welt-

krieges wirken dabei wie ein Zusammenspiel unglücklicher Umstände und somnambuler Akteure im Strudel unkalkulierbarer Ereignisse am Rande der Machtzentren des alten Mitteleuropa. Ebenso erforderlich sind Auseinandersetzungen mit den Spätfolgen des industrialisierten Tötens, mit Kriegsbegeisterung und Widerstand.

Darüber hinaus geht es um den Bezug zur Gegenwart. Deutschland strebt wieder nach größerem Gewicht in der Weltpolitik – erinnert zu werden an die Konsequenzen vergangener Großmachtambitionen oder ein Beharren auf antimilitaristischen Positionen scheinen dabei nur zu stören. Bei der Beurteilung aktueller Konflikte wie in der Ukraine werden zudem Stimmen laut, die auf das Handeln der europäischen Großmächte am Vorabend des Ersten Weltkrieges verweisen und die Frage stellen, ob Europa womöglich erneut in einen Weltkrieg «hineinschlittere». Geschichtspolitische Interpretationen und Standortbestimmungen – ob zur Juli-Krise von 1914, zur «Kriegsschuld» oder zu einem europäischen Friedensbewusstsein – sind daher von brennender Aktualität. Denn die zentrale Frage internationaler Politik ist berührt: die Frage von Krieg und Frieden. Damit stellt sich zugleich mit Nachdruck die Frage nach den Anforderungen an eine zeitgemäße linke Friedenspolitik.

In Forschung und Bildungsarbeit wird der Erste Weltkrieg schon länger nicht mehr nur als «Urkatastrophe» (George F. Kennan) des vergangenen Jahrhunderts verstanden. Wenn es um die Eskalationen und Entgrenzungen politischer Gewalt im 20. Jahrhundert geht, rücken vermehrt Fragen nach den Zusammenhängen langer Linien in den Mittelpunkt – nach Kontinuitäten, Entwicklungen, Brüchen und Verschiebungen. Der Erste Weltkrieg gilt mehr und mehr als beispielloser Impulsgeber für die

weitere Entwicklung radikal nationalistischer, militaristischer und revanchistischer Überzeugungen und als Handlungsrahmen rechter Antidemokratinnen und Antidemokraten. Mentalitäten und Aktionskulturen wurden stärker als bisher von Radikalität, Gewaltbereitschaft und Nationalismen bestimmt. Im untergehenden Deutschen Reich und in der Weimarer Republik bildeten sich Kräfte mit immenser politischer Sprengkraft heraus. Die völkerrechtlichen Konsequenzen aus der Niederlage (Versailler Vertrag) und die kollektiv-emotionalen Verwerfungen («Dolchstoßlegende») sorgten in Deutschland dafür, dass sich revanchistische, chauvinistische, rassistische und antisemitische Haltungen in Teilen des deutschen Konservatismus wie im rechten Spektrum deutlich radikalisierten. Der verlorene Krieg war ein Katalysator bestehender Ideologien und Netzwerke – aber auch Wurzel neuer Zusammenhänge wie der paramilitärischen Veteranenverbände. Die republikanische Regierung bot diesen Entwicklungen zudem Raum zur Entfaltung (Kapp-Lüttwitz-Putsch, Instrumentalisierung des «Ruhrkampfes», «Schwarze Reichswehr» und Hitler-Ludendorff-Putsch). Die «Krisenjahre der klassischen Moderne» (Detlev Peukert) bildeten in der frühen Weimarer Republik den fruchtbaren Boden für faschistisches Denken und Handeln. Das «Zeitalter der Extreme» (Eric Hobsbawm) begann sich vollends zu entfalten.

Zu fragen ist auch nach den Auswirkungen des Krieges und den Entwicklungen der unmittelbaren Nachkriegszeit auf die Arbeiterbewegung und den Internationalismus. Dazu gehören Krise, Neuformulierung und Ausdifferenzierung des Fortschrittsoptimismus einerseits, die Spaltung und Reorganisation der ältesten internationalen politischen Solidari-tätsgemeinschaft andererseits. Welche Poli-

tikangebote und Gesellschaftsutopien konnte sie noch formulieren, nachdem der Kampf für eine sozialistische Emanzipation auf den Altären des Patriotismus geopfert wurde? Welche Entwicklungsperspektiven und Handlungsspielräume boten sich, und wie wirkten sich die «proletarischen» Kriegserlebnisse aus? Gilt Hobsbawms Einschätzung zum Ersten Weltkrieg als «Maschine zur Brutalisierung der Welt» am Ende auch für die Arbeiterbewegung? Die gesplante politische Linke in der Weimarer Republik beschritt mögliche Wege zu konzertierten Aktionen auf nationaler Ebene jedenfalls nicht.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat aus Anlass der 100. Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges – aber auch zu weiteren Jahrestagen wie dem Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren oder dem Umbruch in der DDR im Jahr 1989 – ein umfangreiches geschichtspolitisches Bildungsprogramm aufgelegt: In Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen im Bundesgebiet sowie KooperationspartnerInnen im In- und Ausland veranstaltet oder unterstützt sie Konferenzen, Seminare und Workshops, Vortragsreihen und Exkursionen sowie die Herausgabe von Publikationen. Bei der Wissensvermittlung wird auch auf unkonventionelle Formate wie die Ausstellung von Graphic Novels oder szenische Lesungen zurückgegriffen. Sichtweisen aus ganz Europa und darüber hinaus fließen dabei auch auf diesem Themenfeld in die Arbeit der Stiftung ein – deren Hauptziel es ist, Schlussfolgerungen aus der Geschichte für das Leitbild eines modernen, demokratischen Sozialismus zu ziehen.

Berlin, im September 2014

**Bernd Hüttner, Detlef Nakath,
Salvador Oberhaus**

Salvador Oberhaus

1914 - DER WEG IN DEN ERSTEN WELTKRIEG

PROBLEMAUFRISS EINER AKTUELLEN DEBATTE

100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges und 50 Jahre nach der vom Hamburger Historiker Fritz Fischer ausgelösten Kontroverse um die Kriegsschuld wird in den Universitäten und den Feuilletons wieder leidenschaftlich über die Kriegsursachen und die Verantwortlichkeiten gestritten. Hochkonjunktur haben Publikationen, in denen die Ansicht vertreten wird, dass es eine allgemeine und gleichgewichtige Verantwortung für den Krieg gibt. Muss also bisher als gesichert geltendes Wissen, muss die Überzeugung revidiert werden, dass das Deutsche Reich mit hauptverantwortlich für die Entwicklung war, die in den Krieg führte? Nein, dazu besteht im Kern kein Anlass! Der gegenwärtig an Bedeutung gewinnenden relativierenden Auffassung ist außerdem eine deutliche Tendenz der Delegitimierung historischer und gegenwärtiger politischer Alternativen zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft repräsentativ-demokratischer Prägung immanent.

Der 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges hat einen regelrechten «Erinnerungstsunami» ausgelöst. Eine riesige Welle wissenschaftlicher und populärer Publikationen, Ausstellungen, Konferenzen, TV-Beiträge und Veranstaltungen reißt das interessierte Publikum förmlich mit sich, spült alte und neue diskursive Räume frei, um sie gleich wieder zu fluten, ehe man so recht Gelegenheit hatte, sich freizuschwimmen, sich zu orientieren im Überangebot an Analysen, Deutungen und Meinungen. Besonders die sonst unter HistorikerInnen eher fachintern geführten Diskussionen über die Kriegsursachen und Verantwortlichkeiten haben eine neue Dynamik erfahren und werden inzwischen vor einer

breiten interessierten Öffentlichkeit ausgetragen.¹ Das ist gut so, aber auch in verschiedener Hinsicht problematisch.

Die aktuellen Debatten bieten wenigstens aus zwei Gründen Anlass zu kritischer Intervention: Zum einen beginnt ein relativistischer und revisionistischer Diskurs über die Ursachen des Krieges und die Verantwortung der Mittelmächte, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn, die öffentliche Debatte zu dominieren. Hieraus leiten sich zum anderen problematische geschichtspolitische Interpretationen ab, die einer Viktimisierung, also einer Opferrolle Deutschlands das Wort reden und eine Rückbesinnung auf nationale Identitäten fordern. Diese Positionen fügen sich nahtlos in die offiziöse vergangenheitspolitische Meistererzählung und entsprechende erinnerungskulturelle Praktiken zur jüngeren deutschen Geschichte ein, die mit dem unhinterfragbaren Primat einer repräsentativen Demokratie als Ordnungsprinzip einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft das «Ende der Geschichte» gekommen sehen. Mit diesen Deutungen lassen sich zugleich gegenwärtige deutsche neoimperialistisch deutbare Ambitionen legitimieren.

Der vorliegende Text möchte in die aktuelle Diskussion einführen. Zugleich unterbreitet er ein Deutungsangebot zu den aufgeworfenen Fragen und skizziert die Stationen auf dem Weg in den Krieg vor dem Hintergrund der aktuell wieder polarisierenden Debatte. Hierbei sind Ursachen und Auslöser des Krieges in gleicher Weise zu berücksichtigen, wenn es zunächst um kriegsverursachende Strukturen und schließlich auch um einen Blick auf jene Tage im Juli 1914 gehen wird, in denen wenige Akteure Schicksal spielten.

Politisches Versagen?

Nein, die europäischen Mächte sind nicht als «Schlafwandler» in den Krieg geraten, wie es der Titel des Bestsellers von Christopher Clark nahelegt. Zwar war der Kriegsausbruch im Sommer 1914 weder zwangsläufig noch von langer Hand geplant. Gleichwohl war er auch kein Betriebsunfall der Geschichte, sondern von Menschen – vornehmlich in Wien und Berlin – gemacht, die den Krieg als «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln» (Carl von Clausewitz) verstanden. In der konkreten Situation des Juli 1914 steuerten sie bewusst auf einen europäischen Krieg zu.

Die aktuelle, vom australischen Historiker Clark mit seinem Opus magnum angestoßene Debatte neigt dazu, den Auslöser des Krieges – das Attentat von Sarajevo auf den österreichischen Thronfolger und die hierdurch zunächst verursachte Juli-Krise – als dessen Ursache zu identifizieren. Verantwortlich für den Krieg sei ein kollektives Versagen der europäischen Krisendiplomatie gewesen, ein politisches Versagen überforderter Regierender, die sich der Tragweite ihres Handelns nicht bewusst waren. So lautet der vom deutschen medialen Mainstream öffentlichkeitswirksam verbreitete Tenor zu den Werken von Christopher Clark («Die Schlafwandler») und

meinsame Verantwortung zu postulieren, das scheint dabei auf den ersten Blick nicht nur plausibel, es ist auch zu belegen. Bei genauerer Betrachtung dieser Perspektive fällt jedoch eine diskursive Verschiebung der Verantwortlichkeiten hin zu Frankreich, Russland, England und Serbien auf. Ist die Entente schuld am Krieg? Die Argumentation mancher Protagonisten der aktuellen Debatte trägt apologetische Züge und erinnert frappierend an die deutsche «Schuldabwehr-Propaganda» in den 1920er Jahren. Deren Vehemenz wiederum ist besonders auf die Festschreibungen im Versailler Friedensvertrag zurückzuführen, in denen Deutschland die Alleinverantwortung für den Weltkrieg zugeschrieben wurde.

»Kriegsschuld« reloaded?

Die Fragen nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für den Ersten Weltkrieg werden im Grunde genommen schon seit August 1914 kontrovers diskutiert. Die Antworten fallen je nach Sprechort, politischem Standpunkt und Betroffenheit von den Ereignissen diametral verschieden aus – damals wie heute. Gleichwohl hatte sich in den 1930er Jahren die Auffassung des britischen Kriegs-Premiers David Lloyd George in Europa als Allgemeinplatz etabliert, der zufolge die Staatsmänner

der Großmächte in den Krieg «hineingeschlittert» seien. Laut damals gängiger Lesart war also niemand so richtig für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verantwortlich. Die

Nein, die europäischen Mächte sind nicht als «Schlafwandler» in den Krieg geraten, wie es der Titel des Bestsellers von Christopher Clark nahelegt.

Herfried Münkler («Der große Krieg»). Dem schließen sich manche nach historischer Entlastung der Deutschen sich sehrende HistorikerInnen und PublizistInnen allzu gern an, um dem angeblichen deutschen «Schuldstolz» zu widersprechen. Danach sind irgendwie alle beteiligten Regierungen in ähnlicher Weise verantwortlich für die «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» (George F. Kennan). Ge-

«Schlitter-These» verdankte ihre besonders in Deutschland festzustellende Popularität nicht zuletzt dem Bemühen europäischer Politiker, einer fortschreitenden politischen Isolierung des nationalsozialistischen Deutschland auf internationaler Ebene aufgrund der dort so empfundenen kontinuierlichen Stigmatisierung durch den Versailler Vertrag entgegenzuwirken.

Seit den späten 1950er Jahren gelang es Fritz Fischer und seinen Schülern trotz mancher Überspitzungen und methodischer Schwächen, diese These nachhaltig zu erschüttern und eine im deutschen Imperialismus begründete Hauptverantwortung für den Ersten Weltkrieg nachzuweisen.² Seither sind mehr als 50 Jahre vergangen und zahllose Studien zum Ersten Weltkrieg und der Rolle des Deutschen Reiches erschienen. In wichtigen Fragen besteht heute ein breit getragener, aber nicht unumstrittener Konsens in der Geschichtswissenschaft, der unter Bezugnahme auf die von Fritz Fischer ausgelöste Kontroverse bisweilen polemisch als «Fischer Light» bezeichnet wird. Hierzu gehört zunächst die keineswegs banale Feststellung, dass dem Ersten Weltkrieg ein Ursachengeflecht zugrunde liegt, das plausibel nur in einer europäisch vergleichenden Perspektive aufgelöst werden kann. In der aktuellen Debatte fällt nun aber auf, dass die Politiken Österreich-Ungarns, Frankreichs, Russlands und Großbritanniens während der Juli-Krise im Fokus stehen, wobei in Teilen ein Ausblenden oder Uminterpretieren derjenigen Dokumente festzustellen ist, die die jeweiligen Akteure entlasten. Die Politik des deutschen Kaiserreichs, als sei hierzu alles gesagt, wird hingegen bisweilen nur am Rande oder überhaupt nicht thematisiert.

Dass Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich aufgrund ihrer Eskalationspolitik in der Juli-Krise gemeinsam die Hauptverantwortung für den Kriegsausbruch trugen, ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen³ – in der Forschung gleichwohl ebenso anerkannt, wie eine im Einzelnen differenziert zu bewertende Mitverantwortung der Regierungen in Sankt Petersburg, Paris und London. Darauf ist später noch zurückzukommen. Weitgehend Einigkeit besteht in der Einschätzung, dass der Erste Weltkrieg eine – wenn auch keine zwangsläufige – Konsequenz des Hochimperialismus und der sich hieraus zwischen den

Großmächten seit etwa 1900 verschärfenden Konflikte ist.⁴

Dieser Konsens sollte hingegen nicht zu einer verkürzten Ursachenforschung verleiten. Monokausale Erklärungsansätze werden der komplexen, in den Krieg führenden Melange aus (macht-)politischen, militärischen und sozioökonomischen Erwägungen bzw. Entwicklungen sowie mentalen, sozialpsychologischen, ideologischen und kulturellen Momenten nicht gerecht. Besonders die Forschung zu den sozioökonomischen Ursachen stagniert und ist in den letzten 25 Jahren zunehmend in den Hintergrund getreten. Die Notwendigkeit einer wissenschaftstheoretischen Erneuerung des einst zentralen Forschungsfeldes drängt sich auf. Hier ist in erster Linie die in marxistischer Wissenschaftstradition stehende Historiografie, dort, wo sie noch betrieben wird, zu konkreter Analyse aufgefordert und verpflichtet. Sie ist gefordert, sich diskursiv und methodisch weiter zu öffnen und Erkenntnisse der (vermeintlich) bürgerlichen Geschichtswissenschaft nicht pauschal zurückzuweisen, will sie nicht in Selbstreferenz verharren und der weiteren Marginalisierung des eigenen Standpunkts Vorschub leisten. Es gilt die im Kapitalismus und Imperialismus begründeten Ursachen konkret zu identifizieren und nicht lediglich zu affirmieren oder seit Langem bekannte historische Entwicklungen in der immer wieder selben Weise zu beschreiben, wie es leider auch in jüngerer Zeit häufiger geschieht.

«Weltmacht oder Niedergang»

«Dass niemand mehr und ausdauernder und entschlossener auf einen Krieg hinarbeitete als das Deutsche Kaiserreich», schlussfolgert Kurt Pätzold in einer Analyse der Kriegsursachen im Rückblick auf die Jahrzehnte vor 1914.⁵ Bezogen auf die Politik während der Juli-Krise kann man sich dieser Feststellung vollkommen anschließen. Für die Phase des euro-

päischen Hochimperialismus seit den 1880er Jahren wird man die These nicht uneingeschränkt stehen lassen können. Das Deutsche Reich war nicht imperialistischer als die übrigen Großmächte. Es war wohl auch nicht militaristischer als jene. Seine herausfordernde Interessenpolitik veränderte das «Konzert der Großmächte» jedoch entscheidend.⁶

Das erst in jenen Jahren gegen den Willen Bismarcks zur Kolonialmacht aufgestiegene Deutsche Reich formulierte nach dem Abgang des «eisernen Kanzlers» 1892 Anspruch auf Weltgeltung. Der alsbald viel zitierte «Platz an der Sonne» (Bernhard von Bülow, 1897) sollte es sein. Kaiser Wilhelm II. und weite Teile der deutschen Bevölkerung wollten sich nicht dauerhaft mit dem Status einer kontinentalen Großmacht zufriedengeben.⁷ «Weltpolitik» lautete das Schlagwort unter dem das Deutsche Reich, eine der seinerzeit führenden Militär- und Wirtschaftsmächte, eine ziellose und aggressive imperialistische Außenpolitik betrieb, die erkennbar fatalistische Züge trug. In der Selbstwahrnehmung der Deutschen stellte sich lediglich die Alternative «Weltmacht oder Niedergang». Dieser Fatalismus, die Furcht vor Abstieg und Verfall, war in allen imperialistischen Staaten spürbar.

Allerdings war die Welt längst vornehmlich unter Frankreich und England in Kolonien und Interessensphären aufgeteilt. Für ein deutsches Expansionsbestreben blieb kaum Raum. Auch fehlte es an einer imperialen Herrschaftstradition und Perspektive, die politische und diplomatische Handlungsspielräume bei der Durchsetzung imperialer Ambitionen hätten eröffnen können. Vor diesem Hintergrund konnte freilich keine auch

nur ansatzweise systematische imperialistische Politik entwickelt werden. Man könnte den deutschen Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg daher als einen des *Überall-dabei-sein-Wollens* bezeichnen, der sowohl auf die Vergrößerung überseeischen Besitzes zielte als auch auf den Aufbau eines *informal Empire* indirekter kolonialer Herrschaft.

Das in Verfolgung seiner weltpolitischen Ambitionen häufig Kriegsgefahr heraufbeschwörende, martialisch-aggressiv und bluffend-erpresserisch auftretende Deutsche Reich isolierte sich diplomatisch zusehends. Obschon bis zu diesem Zeitpunkt ein allgemeiner europäischer Krieg verhindert werden konnte, befand sich die Öffentlichkeit im Sommer 1914 nicht nur im kaiserlichen Deutschland in Erwartung eines als unausweichlich angesehenen Krieges zwischen den Großmächten.⁸ Die deutschen Verantwortlichen in Militär und Politik hielten besonders einen Krieg gegen das wieder aufstrebende Russland, dem Expansions- und Kriegsabsichten in Südosteuropa unterstellt wurden, und dessen Bündnispartner Frankreich für unausweichlich. Anders als Russland wurde Frankreich aber nicht als unmittelbare Bedrohung wahrgenommen. In wenigen Jahren, so die Auffassung im Großen Generalstab und in der zivilen Reichsleitung, sei dagegen die russische Rüstung so weit entwickelt, dass das Zarenreich Deutschland militärisch überlegen sein würde. Dann wäre man der «russischen Dampfwalze» schutzlos ausgeliefert. Noch aber könne ein Krieg gegen Russland und seine Verbündeten gewonnen werden, noch Deutschland im Zweibund mit Österreich-Ungarn seinen Status konsolidieren.

Man könnte den deutschen Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg daher als einen des *Überall-dabei-sein-Wollens* bezeichnen, der sowohl auf die Vergrößerung überseeischen Besitzes zielte als auch auf den Aufbau eines «informal Empire» indirekter kolonialer Herrschaft.

Juli 1914: Österreich-Ungarn und Deutsches Reich

Die dem Attentat vom 28. Juni auf den österreichischen Thronfolger Franz-Ferdinand und seine Frau folgende diplomatische Krise nutzten die Regierung in Wien und das als treibende Kraft auftretende Deutsche Reich als Test der Machtarchitektur in Europa im Allgemeinen und der russischen Kriegsbereitschaft im Besonderen.⁹ Der Zusammenhalt und die Belastbarkeit des Entente-Bündnisses (Frankreich, Russland und England) sollten einer Probe auf den Ernstfall unterzogen und die Zukunftsfähigkeit des Zweibundes sichergestellt werden. Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich setzten im Juli 1914 die Eskalationsspirale nicht nur in Gang, sie beeinflussten auch – einen allgemeinen europäischen Krieg ins Kalkül ziehend – den weiteren Verlauf der Entwicklung entscheidend, wohingegen Russland, Frankreich und vor allem England überwiegend reaktiv und lange Zeit zurückhaltend agierten. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn trugen daher die Hauptverantwortung für den Krieg. So lautet die plausible Kernthese des Düsseldorfer Historikers Gerd Krumeich, der die bisher überzeugendste Untersuchung zur Juli-Krise vorgelegt hat.¹⁰

Bedeutsam für die deutsche Entscheidung zum Krieg im Juli 1914 war eine unter den militärischen, politischen und gesellschaftlichen Eliten weitverbreitete Zukunftsangst, den bisher anerkannten Status als Großmacht einzubüßen. Man wird diese wohl überwiegend auf autosuggestive Prozesse im Kontext außen- und innenpolitischer Entwicklungen zurückführen können. Für das Deutsche Reich bot sich die Gelegenheit, die selbst verursachte internationale Isolierung zu durchbrechen, in einem militärstrategisch noch günstig scheinenden Augenblick den erreichten Status zu konsolidieren und, trotz des Fehlens eines konkreten geopolitischen Entwurfes, doch noch zur Weltmacht aufzusteigen, anstatt sich dauerhaft mit dem Status einer saturierten

kontinentalen Großmacht zufrieden geben zu müssen. Das zuletzt genannte Motiv war allerdings erst im Rahmen der sich bald in Maßlosigkeit überbietenden Kriegszieldiskussion in den Wochen nach Kriegsbeginn von Bedeutung und spielte während der Juli-Krise keine heute belegbare Rolle.

Österreich-Ungarn beabsichtigte, ein für alle Mal mit dem von einem Groß-Serbien träumenden und die Reichseinheit akut gefährdenden Nachbarn, der eng mit Russland verbunden war, »aufzuräumen« und seinen Status als Großmacht abzusichern. Zu diesem Zweck stellte es Belgrad am 23. Juli ein lange vorbereitetes Ultimatum im Zusammenhang mit der Aufklärung des Attentats am Thronfolgerpaar. In Wien war man sich im Ministerrat nach einer Woche des Zögerns am 7. Juli zunächst beinahe ausnahmslos einig gewesen, dass die aufstrebende Regionalmacht Serbien unbedingt militärisch zu disziplinieren und kleinzuhalten sei, auch wenn dies ein militärisches Eingreifen Russlands zur Folge haben sollte. Um mit Aussicht auf Erfolg Krieg führen zu können, war die Habsburgermonarchie allerdings zwingend auf die Unterstützung des deutschen Bündnispartners angewiesen, den man bewusst über die konkret geplanten militärischen Maßnahmen im Unklaren ließ, um sich Handlungsspielräume zu bewahren.

Seine als »Blankoscheck« in die Geschichte eingegangene bedingungslose Unterstützung versicherte Berlin dem Zweibundpartner am 5. und 6. Juli. Damit ist der Anfang der deutschen Eskalationspolitik in der Juli-Krise markiert. Anders als in den Balkan-Kriegen der Jahre 1912 und 1913, als das Deutsche Reich dem Bündnispartner seine Unterstützung für eine Politik der freien Hand verweigerte, rieten die Deutschen den Österreichern nicht zur Zurückhaltung. Im Gegenteil. Die Verantwortlichen in Wien konnten sich durch diese Zusage ermuntert fühlen, mit Serbien nach Belieben zu verfahren. Von einer militärischen Intervention überzeugen mussten die Deutschen den

Bündnispartner nicht. Vielmehr drängte Berlin Wien in der Folge aus militärstrategischer Notwendigkeit zunehmend zur Eile.

Das deutsche Spiel mit dem Feuer manifestierte sich in der Forderung nach «Lokalisierung» des sich abzeichnenden militärischen Konflikts. Diese Forderung, die seit dem 12. Juli die offizielle Haltung Berlins darstellte,

diente nicht etwa zur Deeskalation der Krise.

Russland, Frankreich und England sollten Österreich gegen Serbien frei gewähren lassen, da

es sich lediglich um einen Konflikt zwischen diesen beiden Mächten handele. Eine Einmischung Dritter würde das Eingreifen des Deutschen Reiches nach sich ziehen. Gerd Krumeich bezeichnet die auf «Lokalisierung» abzielende deutsche Krisenpolitik gegenüber den Entente-Mächten treffend als «eine noch nie da gewesene Erpressung».¹¹ Einer Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Kontinent zugunsten des Zweibundes würden die Entente-Mächte nicht tatenlos zusehen. Unverhohlener kann man einen allgemeinen Krieg kaum provozieren.

Juli 1914: Russland, Frankreich und England

Am 23. Juli überreichte Österreich Serbien das bewusst unannehmbar formulierte Ultimatum. Belgrad hatte binnen 48 Stunden zu antworten. Die Mobilmachung Österreichs stand bevor. Offensichtlich hatten Russland, Frankreich und England vor Bekanntwerden des Ultimatus am 24. Juli die letzte Konsequenz der deutschen «Lokalisierungs-Politik» noch nicht erfasst. Vielleicht nicht deutlich genug hatte Russland aber auch schon in der ersten Phase der Juli-Krise zu erkennen gegeben, dass es im Zweifelsfall bereit und in der Lage sei, Serbien militärisch beizustehen.¹² Mag sein, dass in St. Petersburg zu unklar gesprochen oder in Berlin nicht gut genug zu-

gehört worden war. Beides ist denkbar. Zweifellos: Eine militärische Aktion Österreichs wurde allgemein erwartet, die Tragweite bekannter Schutzallianzen zeichnete sich bereits ab. Die anhaltende Eskalationspolitik des Zweibundes verfehlte ihre Wirkung nicht. In erster Linie Russland und Frankreich legten ihre politische Zurückhaltung allmählich ab.

Die Entente-Mächte, besonders England und Russland, bemühten sich unmittelbar nach Bekanntwerden des Ultimatus zunächst noch

verstärkt um eine Internationalisierung des Konfliktes und hofften, die Krise auf dem Kongresswege entschärfen zu können. An einer diplomatischen Lösung, zumal unter Beteiligung dritter Mächte war der Zweibund allerdings nicht interessiert. Als Reaktion hierauf schwenkte Russland, die um ihr Prestige besorgte traditionelle slawische Schutzmacht, ab dem 25. Juli allmählich auf einen Kurs der bewaffneten Diplomatie um. In diesem Sinne war auch dessen »Mobilmachung« zu deuten, die am 26. Juli schrittweise begann; gleichzeitig blieb man in St. Petersburg verhandlungsbereit, auch wenn im Hintergrund die Generalmobilmachung der russischen Armee drohte.¹³ Frankreich, das sein als existenziell empfundenes Bündnis mit Russland nicht gefährden wollte, vermied es, mäßigend auf die zaristische Regierung einzuwirken und orientierte seine Politik an russischen Interessen. Noch aber war ein Krieg zu verhindern. Gleichwohl schlug die Nervosität in Berlin, Wien, St. Petersburg, Paris und London allmählich in Hysterie um.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden lag beim Zweibund. Aber selbst als Österreich-Ungarn Serbien am 28. Juli den Krieg erklärte und daraufhin Russland zwölf Armeekorps mobilisierte, wäre ein Krieg noch immer zu vermeiden gewesen. In den beteiligten Hauptstädten wurden nun allerdings

Die Entscheidung über Krieg und Frieden lag beim Zweibund.

die unmittelbaren Vorbereitungen zum Krieg getroffen. Die endgültige Entscheidung zum Krieg fiel am 31. Juli, dem Tag der russischen und österreichischen Generalmobilmachungen und der deutschen «Erklärung des drohenden Kriegszustands», die wiederum Ultimaten an St. Petersburg und Paris nach sich zogen, die Mobilmachung zurückzunehmen bzw. sich neutral zu verhalten. Die russische Generalmobilmachung, eine unmittelbare und einkalkulierte Folge der Risikopolitik des Zweibundes, machte einen Krieg sehr viel wahrscheinlicher, aber immer noch nicht unumkehrbar notwendig. Aufgrund der engen Zeitplanung des deutschen Aufmarschplanes (Schlieffenplan), der zum Auftakt eines Krieges gegen Russland einen Krieg gegen Frankreich vorsah, welcher wiederum die Verletzung der luxemburgischen und belgischen Neutralität erforderlich machte, bedeutete eine deutsche Mobilmachung dagegen zwingend: Krieg.¹⁴ Folgerichtig er-

Welches Vaterland darf's sein? Anforderungen an linke Geschichtspolitik

Noch ist nicht abzusehen, ob die durch den «Erinnerungstsunami» verursachten Verwerfungen langfristige Folgen zeitigen werden oder ob die Verschiebung der Diskurse nur eine Momentaufnahme darstellt. Es spricht einiges dafür, dass die Impulse mancher neuen großen Erzählung vom Ersten Weltkrieg auf die wissenschaftliche Diskussion, die auch abseits der Erinnerungsjunktur zu Jahrestagen kontinuierlich und meist unaufgereggt geführt wird, weniger Nachhaltigkeit entfalten werden, als es gegenwärtig erscheinen mag. Die öffentlichkeitswirksame populärkulturelle und feuilletonistische Debatte, die freilich auf die Fachdiskurse rekurriert, verfügt hingegen über ungleich größere Potenziale des politischen Revisionismus die Kriegsverantwortungsfrage betreffend, und dies im Hinblick auf beide Weltkriege.

Noch ist nicht abzusehen, ob die durch den «Erinnerungstsunami» verursachten Verwerfungen langfristige Folgen zeitigen werden oder ob die Verschiebung der Diskurse nur eine Momentaufnahme darstellt.

klärte Berlin am Tage der deutschen Mobilmachung, es war der 1. August 1914, Russland den Krieg. Zwei Tage später erfolgte die Kriegserklärung an Frankreich. England, dem höchstens seine lange Unentschlossenheit, wie es sich im Falle eines Krieges mit russischer und französischer Beteiligung verhalten würde, zum Vorwurf gemacht werden kann, erklärte dem Deutschen Reich aufgrund der Verletzung der Neutralität Belgiens, dessen Garantiemacht England war, am 4. August den Krieg. Es sollte der fürchterlichste Krieg werden, den die Welt bis dahin erlebt hatte.

In welcher Weise sich die relativistischen Potenziale tatsächlich entfalten können, wird nicht zuletzt von der Wachsamkeit und Interventionsfähigkeit kritischer Geschichte und Erinnerungspolitik abhängen. Besondere Aufmerksamkeit ist immer dann gefordert, wenn öffent-

liche geschichtspolitische Debatten und offiziöse Erinnerungskultur sich wechselseitig durchdringen. Das gilt, um nur ein Beispiel zu nennen, namentlich für die Bezugnahmen auf Nation (und Vaterland), Nationalismus, Täter-Opfer-Diskurse und die Frage der Zusammenhänge von Erstem Weltkrieg, Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg. Wenn Deutschland für den Ersten Weltkrieg nicht verantwortlichen zu machen ist, trifft es auch nur eine indirekte Schuld am Aufstieg des Nationalsozialismus und am Zweiten Weltkrieg, deren wesentliche Vorbedingung der Erste Weltkrieg und die ihm folgende Versailler Frie-

densordnung ist – so die apologetische Logik der nach historischer Entlastung Strebenden. Mit Benjamin Ziemann kann festgestellt werden, dass der Erste Weltkrieg auch in der Bundesrepublik Deutschland – flankiert von Angriffen auf angebliche «linke Geschichtsmymthen» (deutsche Hauptverantwortung) – als Projektionsfläche für Probleme nationalen Selbstverständnisses instrumentalisiert, mithin eine «Neujustierung der nationalen Identität» angestrebt wird.¹⁵ Die dieser Tage in Bundespräsident Joachim Gauck personifizierte offiziöse Erinnerungspolitik, man denke an den Staatsbesuch am 1. August im Elsass am Hartmannsweilerkopf, pflegt auch hinsichtlich des Ersten Weltkrieges keinen ideologiekritischen Umgang mit dem deutschen Nationalismus.¹⁶ Vielmehr wird um die Fra-

Gesellschaftskonzepte, einem der ideologischen Grundübel der modernen Menschheitsgeschichte.

Des Weiteren können die Thesen Christopher Clarks und Herfried Münklers als Legitimationshilfen für militärische Interventionen im Ausland gelesen werden, wenn es vorgeblich gilt, ein zweites Sarajevo in Afghanistan, Syrien, Mali oder wo auch immer auf der Welt zu verhindern. Dass Deutschland mehr Verantwortung für den «Erhalt des Friedens» in der Welt übernehmen möchte, de facto ein modernes *informal Empire* anstrebt, in diese Richtung weisen die Verlautbarungen des Bundespräsidenten und der Verteidigungsministerin im Frühjahr und Sommer 2014.

Last not least ist gegen das Diktum von der historischen Alternativlosigkeit repräsentativ-demokratischer und kapitalistischer Ordnungsprinzipien beim menschlichen Zusammenleben und der Delegitimierung sozialistischer Modelle kritische

Die Anforderungen an linke Geschichtspolitik sind ebenso immens, wie ihre strukturellen Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten begrenzt sind.

ge gestritten, welches Vaterland es sein darf: ein in internationale Institutionen eingebundener Nationalstaat oder ein «entfesselter» Deutschland, das sich nicht seiner politischen Souveränität berauben lässt, das selbstbewusst, moralisch unbelastet und frei von »Schuldstolz« nach neuer Weltgeltung strebt? Aber lassen wir uns nicht täuschen, hier wird letztlich nur über den politisch opportunen Weg zu deutscher Hegemonie in Europa gestritten. Erschreckenderweise nimmt Gauck eine noch eher liberale Position ein, wenn er eine Sinnstiftung des Krieges in der europäischen Integration neoliberaler Prägung nach 1945 vornimmt und die seines Erachtens progressiven Aspekte der «Idee von der Nation» hervorhebt. Eine Überwindung nationalstaatlicher Ordnungsvorstellungen bedeutet noch lange keine Infragestellung nationaler Identitäten oder kapitalistischer Wirtschafts- und

Intervention gefordert. Die historische Entwicklung der Jahre 1914 bis 1989 wird in dieser Hinsicht als Ausnahme von der Regel interpretiert. Die Zeit der beiden Weltkriege und der staatssozialistischen Gegenentwürfe gilt als Unterbrechung in der als natürlich unterstellten Entwicklung zum heute hegemonialen Prinzip.

Die Anforderungen an linke Geschichtspolitik sind ebenso immens, wie ihre strukturellen Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten begrenzt sind. Kritischer Geschichte und Geschichtspolitik fehlt es am institutionellen akademischen Überbau und am medialen Umfeld, um die Hegemonie bürgerlich-konservativer Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur entscheidend zu attackieren. Es wäre allerdings fatal, zu resignieren und im Umkehrschluss meinen zu wollen, dass linke Debattenbeiträge sinn-, weil wirkungslos

seien. Aufgabe kritischer Geschichte und Erinnerungspolitik muss es zunächst sein, Gegenöffentlichkeit herzustellen und Gegenstandspunkte zu beziehen, wo es nötig ist. Patentrezepte und Königswege für erfolgreiche Interventionen gibt es freilich nicht. Es wird darauf ankommen, im situativen Kontext geeignete Aktionsformen und Formate politischer Bildungsarbeit besonders auf lokaler und regionaler Ebene zu entwickeln und die dort lebenden Menschen verständlich anzusprechen. Hierzu eignen sich neben den klassischen Formen – etwa Vortragsabende und Publizistik – stadthistorische Spaziergänge und andere Exkursionsformate hervorragend. Um nur ein Beispiel zu nennen: In fast allen Dörfern, Gemeinden, Städten und Ortsteilen finden sich Denkmäler an den Ersten Weltkrieg, die den toten Soldaten ein ehrendes Gedenken bewahren. Das Selbstverständnis der Inszenierungen jener Erinnerungsorte im Kontext der großen Erzählung vom Ersten Weltkrieg im Rahmen eines Rundgangs kritisch zu hinterfragen, es zu dekonstruieren, ist in jedem Fall lohnenswert.¹⁷

Zu Fatalismus also besteht kein Anlass. An vielen Orten leisten geschichtspolitische Initiativen kontinuierliche und hervorragende Arbeit. Sie bringen sich mit wichtigen Beiträgen zum Beispiel in Umbenennungskampagnen von Straßen, Plätzen und öffentlichen Institutionen ein, die Militaristen, Antidemokraten und Antisemiten, wie etwa den ehemaligen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg oder den Kolonialoffizier Paul von Lettow-Vorbeck, ein ehrendes Gedenken bewahren.

Leider mangelt es den lokalen Initiativen und AkteurInnen häufig an Vernetzungsmöglichkeiten und Foren zum Erfahrung- und Meinungsaustausch, die zur Bündelung der Kräfte und zur Entfaltung größerer öffentlicherer

Wahrnehmbarkeit unverzichtbar sind. Hier können Institutionen wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung helfen, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit kritische Gegenöffentlichkeit sich nachhaltiger entfalten kann.

¹ Hier können nur einige der wichtigsten aktuellen deutschsprachigen Veröffentlichungen aufgeführt werden: Krumeich, Gerd: Juli 1914. Eine Bilanz, Paderborn 2014; Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014; Mombauer, Annika: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014; Pätzold, Kurt: 1914. Ein Ereignis und sein Nachleben, Berlin 2014; Münkler, Herfried: Der große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918, 6. Aufl., Berlin 2014; Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, 17. Aufl., München 2013. ² Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1967. ³ Frankreichs angeblich besondere Verantwortung betont Schmidt, Stefan: Frankreichs Außenpolitik in der Juli-Krise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, München 2009. Eine maßgebliche Verantwortung Russlands für den Ersten Weltkrieg meint Sean McMeekin (The Russian Origins of the First World War, Cambridge, MA 2011) nachweisen zu können. Vgl. auch die in diese Richtung gehende Argumentation bei Clark, Schlafwandler und zuletzt Angelow, Jürgen: 1914. Europäisches System, Kriegsursachen, Krisenmanagement, in: Der Erste Weltkrieg als Thema der politischen (Jugend)bildung. Der Große Krieg – La Grande Guerre – The Great War, hrsg. von GEMINI – Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung im Bundesausschuss politische Bildung, Berlin 2014, S. 10–21. ⁴ Dass die europäische Bündnisarchitektur des frühen 20. Jahrhunderts, in welcher sich letztlich zwei imperialistische Blöcke gegenüberstanden, im Konfliktfall nicht zwingend zur Eskalation und einem allgemeinen Krieg führen musste und sogar eine latent friedenserhaltende Funktion hatte, ist eine in der Geschichtswissenschaft inzwischen weitgehend anerkannte These. Vgl. hierzu: Dülffer, Jost u.a. (Hrsg.): Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg, München 1997; Vgl. auch: Afflerbach, Holger: Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, Wien 2002. ⁵ Pätzold, Kurt: Im Sumpf. Zur Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld vor dem 100. Jahrestag des Weltkrieg-I-Beginns, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 98, Juni 2014, S. 81–93, hier S. 88. ⁶ Krumeich: Juli 1914, S. 21. ⁷ Weiterhin aktuell: Mommsen, Wolfgang J.: Triebkräfte und Zielsetzungen des deutschen Imperialismus vor 1914, in: Ders.: Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a.M. 1990, S. 182–213. ⁸ Mommsen, Wolfgang J.: Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914, in: Ders.: Der autoritäre Nationalstaat, S. 380–406. ⁹ Krumeich: Juli 1914, S. 80. ¹⁰ Vgl. Krumeich: Juli 1914. ¹¹ Ebd., S. 85. ¹² Ebd., S. 104. ¹³ Mombauer: Die Julikrise, S. 98–101. ¹⁴ Ebd., S. 103. ¹⁵ Ziemann, Benjamin: Klassenkampf im Schützengraben, in: taz. Die Tageszeitung vom 28.3.2014, Sonderbeilage «1914–1918: Der vorletzte Weltkrieg – hoffentlich», S. 6f. ¹⁶ Vgl. das Manuskript der Rede des Bundespräsidenten, unter: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/08/140803-Gedenken-Hartmannsweilerkopf.html. ¹⁷ Vgl. hierzu Pätzold, Kurt: Kriegerdenkmale in Deutschland. Eine kritische Untersuchung, Berlin 2012.

Zlatoje Martinov

GAVRILO PRINCIP - HELD ODER TERRORIST?

DAS ATTENTAT VON SARAJEVO UND DER ERSTE WELTKRIEG

Zum 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges treiben die Öffentlichkeit in Serbien und der Welt offenbar alte Fragen um: Erstens, wer für den Ausbruch des Krieges verantwortlich ist, inwieweit also das Attentat von Sarajevo auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand Anlass oder Ursache für diesen Krieg war. Und zweitens, ob der Attentäter Gavrilo Princip als Angehöriger der Organisation «Junges Bosnien» ein Held oder schlicht ein Terrorist war.

In der seriösen internationalen Geschichtsschreibung herrscht seit Langem die Meinung vor, dass Deutschland und Österreich-Ungarn die Schuld am Krieg tragen, wie es auch im Friedensvertrag von Versailles festgehalten ist.¹ Ebenso hat es von 1918 bis heute aber auch Historiker gegeben, die Serbien und das «Junge Bosnien» als Alleinschuldige ausgemacht haben, wobei die einen ausführen, dass das Attentat selbst die Ursache für den Kriegsausbruch gewesen sei und Serbien dieses de facto organisiert habe, und die anderen etwas vorsichtiger formulieren, dass das Attentat zwar nur der Anlass gewesen, Serbien jedoch schuld am Krieg sei, denn es habe eine territoriale Expansion auf Kosten der Doppelmonarchie bzw. die Eroberung der von Serben und anderen slawischen Bevölkerungsgruppen besiedelten Gebiete Österreich-Ungarns angestrebt, und zwar unter dem ideologischen Deckmantel der Vereinigung.

Die Medien haben diese Polemik häufig befeuert, und dies nicht immer mithilfe von wissenschaftlicher Expertise und ernsthafter Analyse. Berechnungen zufolge sollen allein zwischen den beiden Weltkriegen (1918–1939) weltweit mehr als 3.000 verschiedene historische Darstellungen, Artikel, Aufsätze, Diskussionsbeiträge, Polemiken und Pamphlete zu diesem Thema erschienen sein. Teile der deutschen und österreichischen Geschichtsschreibung, mehr aber noch der medialen Öffentlichkeit², neigen heute wieder zu der Ansicht, am Ausbruch des Ersten Weltkrieges seien allein Serbien bzw. dessen Aspirationen auf territoriale Erweiterung schuld, die sich insbesondere nach den Balkankriegen 1912 und 1913 offenbart hätten. Zugleich wird das «Junge Bosnien» (Mlada Bosna) als «Terroristenbrut» bezeichnet und behauptet, das offizielle Serbien habe sich seiner mit dem Ziel bedient, einen Konflikt mit dem nördlichen Nachbarn vom Zaun zu brechen, um mithilfe Russlands, auf den Trümmern der Doppelmonarchie ein Großserbien zu errichten. Die serbische Geschichtsschreibung hält sich bis heute an die Einschätzungen und Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags³ und den Mainstream der seriösen internationalen Geschichtswissenschaft und vertritt die gemeinhin akzeptierte Auffassung, für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges seien in erster Linie Deutschland und Österreich-Ungarn verantwortlich wegen ihres Expansionsdrangs

Die Idee von der Vereinigung der Südslawen war edel und fortschrittlich. Auf ihr aufbauend entstand auch ein gemeinsamer Staat der Südslawen: Jugoslawien.

in Richtung Süden und dem Bestreben nach Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen nach einem möglichen Zerfall des Osmanischen Reichs. Die Ideen für ein Projekt der südslawischen Vereinigung tendierten in zwei Richtungen: a) Befreiung von der Fremdherrschaft und Vereinigung der Südslawen (Jugoslawen) und b) Befreiung von der Türkenherrschaft, Vereinigung der Serben und Gründung eines serbischen Staates bzw. Wiederherstellung des unter Zar Dušan einst mächtigen mittelalterlichen serbischen Staates.

Die Idee von der Vereinigung der Südslawen

Die Idee von der Vereinigung der südslawischen Völker ist fast zwei Jahrhunderte alt und ursprünglich keine serbische, sondern eine kroatische Idee. Sie ging aus dem Programm der Illyrischen Bewegung von Ljudevit Gaj (1809–1872) hervor und fand später auch in anderen südslawischen Gebieten Verbreitung.⁴ Viele kroatische Intellektuelle dieser Zeit machten sie sich zu eigen, so etwa Petar Preradović, Janko Drašković, Mirko Bogović und Bischof Josip Juraj Strossmayer. Die Idee der nationalen Befreiung von der österreichischen Herrschaft erstarbte besonders in der Zeit der Ungarischen Revolution 1848. Später, während des Bach'schen Absolutismus, wurde die Illyrische Bewegung verboten.

Nach dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich (1867) bzw. der mit einer verstärkten Magyarisierung einhergehenden Gründung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn gewann die Idee einer südslawischen Vereinigung bei den Kroaten an Stärke. Zugleich erfuhr sie auch in den von Serben bewohnten österreichischen Gebieten einen Aufschwung und hatte Anhänger auch in Serbien selbst. Getragen wurde die Bewegung vor allem von der jungen Intelligenz, von Studenten, die an europäischen Universitäten studierten. Die Idee von der Vereinigung der Südslawen – zu-

nächst kulturell, danach auch politisch – war edel und fortschrittlich. Auf ihr aufbauend entstand auch ein gemeinsamer Staat der Südslawen: Jugoslawien. Eine völlig andere Sache ist, wie diese Idee in der Praxis der beiden jugoslawischen Staaten umgesetzt wurde.

Die Vereinigung der überwiegend serbisch besiedelten Gebiete in einem großen serbischen Staat als Nachbildung des längst untergegangenen Reiches von Dušan (Stefan IV. Dušan, serbischer König von 1331 bis 1345 und Zar von 1345 bis 1355) ist eine gänzlich andere Idee als die Vereinigung der Südslawen.⁵ Sie entstand in serbischen Intellektuellenkreisen, vornehmlich jenen außerhalb Serbiens, vor allem unter den Intellektuellen und geistigen Führern des serbischen Volkes in Österreich. Der Traum von der Rückkehr der Serben ins Heimatland – aus dem sie nach dem Niedergang des serbischen mittelalterlichen Staates (1459), aber auch vor dem Einfall der Türken (1690) über Donau und Save in die Fremde ziehen mussten – währte einige Jahrhunderte lang. Deshalb heißt es in der epischen Volksdichtung, Serbien habe auf dem Amselfeld ein Reich verloren – die Metapher für den Verlust des mittelalterlichen Staates und das Abgleiten in die Unterdrückung durch die Türken.

Über die Volksdichtung hinaus kam der Traum von der Wiederherstellung des serbischen Staates und der Stärkung der serbischen nationalen Identität auch theoretisch in dem 1844 veröffentlichten «Entwurf» (Načertanije) von Ilija Garašanin (1812–1874, serbischer Staatsmann) zum Ausdruck. Vom Amselfeld als «heiligem serbischen Land» begann man in den Kirchen- und Intellektuellenkreisen Serbiens allerdings erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu sprechen. Das Kosovo wurde zu einer Art Kult, und man betrachtete seine Wiederangliederung an Serbien als die Erfüllung des Gelübdes, das die Nachfahren angeblich ihren vor langer Zeit in der Schlacht auf dem Amselfeld (1389) gefallenen

Ahnen gegenüber abgelegt haben. So wurde das «Gelübde von Kosovo», die idealisierte Variante der Idee von der Schaffung eines serbischen Staates mit dem Kosovo als Zentrum des Serbentums, zum Symbol von Staatlichkeit und nationaler Identität.

Wie bei jeder Idee gab es natürlich Abwandlungen: Eine Gruppe von nationalen Anführern sprach sich für die Wiederherstellung Serbiens exakt in den Grenzen von Dušans mittelalterlichem Staat aus, das dann außer dem Kosovo und Mazedonien auch weite Teile des heutigen Bosnien und Herzegowina, die östlichen Gebiete Bulgariens und einen Teil des griechischen Epirus bis Thessaloniki umfasst hätte. Eine andere Gruppe war gar der Ansicht, Teil des Staates müssten auch die Gebiete von Österreich-Ungarn werden, in denen Serben leben, es sollten also alle Serben in einem Staat leben.⁶ Beide Ideen, die südslawische wie auch die «allserbische», waren zur Zeit ihrer Entstehung legitim und völlig konform mit der damaligen Nationalromantik in Europa. Die Idee von der Vereinigung der Südslawen war jedoch viel breiter gefasst und schloss wichtige ethische Komponenten wie den Kampf der unterdrückten südslawischen Völker um die Befreiung von Fremdherrschaft, ihre politische und kulturelle Emanzipation und Einbeziehung in den Kreis der europäischen Zivilisation ein. Natürlich wurde eine solche Vereinigung so verstanden, dass ihr ein politisch gleichberechtigtes Verhältnis aller Völker untereinander zugrunde liegt, ohne Majorisierung oder jemandes Dominanz aufgrund der zahlenmäßigen Stärke einer Ethnie, des erreichten wirtschaftlichen und kulturellen Niveaus oder «historischer Verdienste». Die historische Praxis hat leider etwas völlig anderes erkennen lassen.

Bosnien-Herzegowina und das «Junge Bosnien»

Auf Beschluss des Berliner Kongresses (1878) wurde Bosnien und Herzegowina unter die Verwaltung der österreichisch-ungarischen

Monarchie gestellt. Die geschwächte Türkei konnte einer solchen Entscheidung nichts entgegenzusetzen, erst recht nicht nach der Niederlage im Krieg gegen Russland ein Jahr zuvor. Der Kampf zwischen Österreich (das durch den 1879 mit dem Deutschen Reich geschlossenen Zweibund starke Unterstützung erfuhr) und Russland um das türkische Erbe und die Kontrolle auf dem Balkan nahm unmittelbar nach dem Berliner Kongress an Stärke zu, besonders jedoch ab 1904, als das Deutsche Reich sein Marineprogramm verkündete, mit dem es die englischen Seeinteressen erheblich bedrohte. Daher wurde auch ein britisch-russisches Bündnis geschlossen, das den zunehmenden militärischen und politischen Einfluss Deutschlands eindämmen sollte.

Als Österreich-Ungarn einseitig Bosnien und Herzegowina annektierte, war dies ein Zeichen für die starke Zuspitzung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn auf der einen und England, Frankreich und Russland auf der anderen Seite.⁷ Ein Krieg wurde zu diesem Zeitpunkt nur deshalb aufgeschoben, weil sowohl das Deutsche Reich als auch Russland militärisch noch nicht gänzlich bereit dazu waren. Es war aber nur eine Frage der Zeit, wann die konträren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Großmächte in einen bewaffneten Konflikt münden würden. Der Weg war bereits vorgezeichnet, man wartete lediglich auf den Funken, der den Kriegsbrand entzünden würde. Dieser Funke war das Attentat von Sarajevo 1914. Wäre es nicht dazu gekommen, hätte zweifelsohne ein anderes Ereignis als Funke hergehalten, denn die Gegensätze zwischen den damaligen imperialistischen, bereits in hohem Maße in zwei Blöcke eingebundenen Kräften hatten ihren Höhepunkt erreicht.⁸ Ohne Frage waren kleine Länder wie Serbien oder Bulgarien lediglich ein Instrument in den Händen der Großmächte und hatten keinerlei Möglichkeit, über Krieg oder Frieden zu entscheiden.

Ungeachtet der Tatsache, dass die österreichisch-ungarische Verwaltung in Bosnien (1878–1918) das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben im Vergleich zur osmanischen Zeit wesentlich vorangebracht hatte, waren entscheidende soziale Fragen nicht gelöst. Die feudalen Verhältnisse wurden nicht grundsätzlich aufgelöst, die Begs, muslimische Großgrundbesitzer, blieben ein mächtiger Faktor des wirtschaftlichen Lebens auf dem bosnischen Land. Erst 1911 wurde ein Gesetz verabschiedet, das es einem Fronbauern (*kmet*) erlaubte, sich von seinem Herrn freizukaufen. Mit der Konservierung der feudalen Verhältnisse versuchte die österreichisch-ungarische Verwaltung, die Muslime für sich zu gewinnen, was ihr größtenteils auch gelang. Allerdings geschah dies auf Kosten der Kroaten und Serben, die mehrheitlich in der nicht beneidenswerten Lage waren, zu den Fronbauern zu gehören: 95 Prozent aller an das Gut eines Lehnsherren (*spahija*) gebundenen Kmeten waren serbischer oder kroatischer Nationalität.⁹ Die Entwicklung von (vorwiegend Holz verarbeitender) Industrie, Verkehr und Bankwesen ermöglichte die Herausbildung einer dünnen Bürgerschicht bei den Serben und Kroaten und trug zu einer Klassenpolarisierung innerhalb dieser ethnischen Gemeinschaften bei. In der serbischen und kroatischen Bevölkerung entstanden unterschiedliche Fronten, was die Interessen und Zielvorstellungen und die Methoden für den Kampf zu deren Umsetzung anging. Wien registrierte diese Unterschiede und gegensätzlichen Interessen und machte sie sich erfolgreich in seiner Bosnienpolitik zunutze.

Die Arbeiterschaft, so klein sie auch war, entwickelte bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Selbstbewusstsein und wurde sich ihrer Unterdrückung bewusst, nicht jedoch ihrer

wahren sozialen Ursachen. Auch die Bauern lehnten sich des Öfteren gegen die brutale Ausbeutung durch die Begs und Spahijas auf. Es fehlten jedoch ein klares Klassenbewusstsein, eine Organisation und eine ganzheitliche Strategie für den Kampf. Die Rede ist vielmehr von einer instinktiven Reaktion der Hungrigen und Hilflosen bei ihrem Kampf um die Selbsterhaltung. In einem solchen gesellschaftlichen Umfeld entstand die Organisation «Junges Bosnien». Sie war ein Sammelbecken für junge Menschen, Studenten und Schüler, die

Ohne Frage waren kleine Länder wie Serbien oder Bulgarien lediglich ein Instrument in den Händen der Großmächte.

die soziale Ungerechtigkeit klar erfassten und glaubten, diese lasse sich nur durch die nationale Befreiung von der Fremdherrschaft beseitigen. Ihre gemeinsame

Plattform war daher, zunächst den Kampf um die nationale und erst später den Kampf um die soziale Befreiung zu führen. Bei allem anderen bot sich innerhalb der Organisation ein kunterbuntes Bild, gerade auch, was die Methoden des Kampfes für die Erreichung des Hauptziels anbelangte. Die meisten Jungbosnier waren serbischer Nationalität, es gab aber auch Kroaten (wie den später bekannten Schriftsteller Ivo Andrić) und Bosniaken. Ein bedeutender Vertreter der Bosniaken im «Jungen Bosnien» war Muhamed Mehmedbašić. Er genoss das hohe Vertrauen seiner Mitstreiter, war sogar als möglicher Attentäter vorgesehen und gemeinsam mit Nedeljko Čabrinović, Gavrilo Princip, Trifko Grabež, Danilo Ilić und Cvetko Popović für die Strecke eingeteilt, die Franz Ferdinand entlangfahren würde.¹⁰

Was die «nationale Befreiung» angeht, muss hervorgehoben werden, dass darunter seinerzeit die Befreiung der «christlichen» Völker von der österreichischen Besatzung verstanden wurde, und zwar vor allem der Serben und Kroaten. Man war der Ansicht, die Muslime seien eigentlich islamisierte Serben und

Kroaten, die mit der Zeit zu ihrem ursprünglichen Glauben, von dem sie sich aufgrund von historischen Gegebenheiten hatten lösen müssen, zurückkehren würden. Innerhalb des «Jungen Bosniens» gab es daher ohne Frage Widerstand gegen die Idee Wiens, eine eigenständige «bosniakische» Nation zu bilden. Franz Ferdinand selbst soll vor seiner Reise nach Sarajevo erklärt haben, für ihn gebe es in Bosnien keine Serben und Kroaten, sondern lediglich Bosnier. Letztendlich verfolgte auch Benjámín Kállay eine ähnliche Politik: die Schaffung einer bosnischen Nation und das Zunichtemachen der Idee einer serbisch-kroatischen bzw. breiteren jugoslawischen Vereinigung. Selbst als Bosnien und Herzegowina eine Verfassung und ein Parlament erhielt und anfang, sich am parlamentarischen Leben der österreichisch-ungarischen Monarchie zu beteiligen, änderte sich an der Lage der unterdrückten Klassen des serbischen und kroatischen Volkes nicht viel. Anstelle der fremden Machthaber waren es nun die nationalen Oligarchen, die das Volk drangsalierten.

Hierzu hat sich Danilo Ilić, Mitglied des «Jungen Bosniens», klar in dem sozialistischen Blatt *Zvono* positioniert: «Unter unseren bürgerlichen Parteien ist keine einzige, die völlig demokratisch agiert. Ihrer Arbeit im Parlament wie auch dem Parteileben im Inneren nach zu urteilen, sind sie konservativ, aristokratisch und oligarchisch. Unsere bestechlichen Abgeordneten lassen sich bei ihren Wählern nur dann sehen, wenn diese wie Vieh an die Wahlurnen getrieben werden sollen. Dem Volkbürden sie immer höhere Steuern und Abgaben auf, ohne sich darum zu scheren, wie die bitterarmen Menschen dies verkraften.»¹¹ Klar und deutlich äußerte sich auch Nedeljko Čabrinović vor dem Untersuchungsrichter: «Mir kam in den Sinn, in den Saal mit den Abgeordneten hineinzugehen und eine Bombe von der Galerie auf sie zu werfen, weil ich mich davon überzeugen konnte, dass sie Halunken und Feiglinge sind, die nichts tun, und falls doch,

dass es nichts taugt.»¹² Das soziale Moment wurde also auch von den wichtigsten Mitgliedern des «Jungen Bosniens» erkannt, jedoch nie klassenideologisch artikuliert.

Da das «Junge Bosnien» keine Organisation mit einer festen Struktur im ideologisch-programmatischen Sinne war, vermischen sich in den Auftritten, Texten und Äußerungen seiner Mitglieder nicht selten die beiden erwähnten Ideen der Vereinigung (allserbisch und jugoslawisch). Bei der Mehrheit gewinnt jedoch das Jugoslawische die Oberhand, und die meisten Mitglieder bezeichnen sich selbst als Serbo-Kroaten, als «Jugoslawen». So halten es auch Čabrinović und Princip während des Gerichtsprozesses nach dem Attentat auf Franz Ferdinand in Beantwortung der Frage des Richters, welcher Nationalität sie angehören. Einer wie der andere sind sich natürlich ihrer serbischen Nationalität bewusst, stellen jedoch gern und stolz vor den Repräsentanten des österreichischen Staates ihr Serbo-Kroaten- bzw. Jugoslawentum in den Vordergrund und lassen keinen Zweifel daran, für welche Idee sie eintreten: für den Untergang der politisch konservativen, feudalen Monarchie und für die Vereinigung der südslawischen Völker.¹³

Wie bereits dargestellt, hatten die Jungbosnier, abgesehen vom erklärten Kampf für die Befreiung von der österreichischen Besatzung, keine klaren ideologischen Einstellungen. Es waren ja auch sehr junge Leute, manche wie Princip noch minderjährig, kaum zwanzig Jahre alt! Dennoch sprühten sie vor Enthusiasmus und waren beseelt vom Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen. Zu den echten Intellektuellen unter ihnen zählten in jedem Fall Pero Slijepčević, Danilo Ilić und Vladimir Gaćinović. Letzterer verfasste mehrere Broschüren zur Tätigkeit des «Jungen Bosniens», aber auch eine wertvolle Studie zu den politischen Verhältnissen in Bosnien und Herzegowina. Nedeljko Čabrinović schloss sich während seines Aufenthalts in Triest, wo er

eine Zeitlang beruflich tätig war, einem Zweig der sozialistischen Bewegung an, von der er sich später aber wieder abwandte, genau wie Danilo Ilić, der sich im Umfeld der Zeitschrift *Zvono* in der sozialistischen Bewegung betätigt hatte und diese aus Unzufriedenheit mit den friedlichen Methoden des Kampfes für eine gerechtere Gesellschaft verließ. Auch andere lasen die anarchistische und sozialistische Literatur. Sie alle suchten darin nach einer Bestätigung ihrer Ideale und Kampfme-

Der britische Historiker Seton-Watson bezeichnete das Attentat auf Franz Ferdinand viele Jahre später als «dunklen Fleck auf dem jugoslawischen Vereinigungsgedanken».

thoden. Wie bei vielen europäischen revolutionären Organisationen dieser Zeit war ihre Methode die der Gewalt. Die russischen Anarchisten sprachen sich ebenfalls für gewaltsame Methoden aus («Attentate müssen die Massen aufwecken») und glaubten nicht daran, dass politische oder gesellschaftliche Veränderungen auf friedlichem Wege vorstattegehen könnten. Ihre Ideen machten sich auch die Jungbosnier zu eigen. Das von Bogdan Žerajić im Jahre 1910 (erfolglos) verübte Attentat auf den Landeschef von Bosnien und Herzegowina, General Varešanin, spornte die Jungbosnier zusätzlich an, und der Selbstmord von Žerajić nach dem Attentat wurde von ihnen als das größte Heldenopfer dargestellt und als ein Beispiel, nach dem man sich zu richten habe.¹⁴

Die Ermordung von Herrschern und anderen politischen Persönlichkeiten durch Attentate wurde jedoch auch damals in der breiten Öffentlichkeit als terroristischer Akt und Verbrechen gesehen. Die serbische Regierung verurteilte entschieden die Ermordung von Erzherzog Ferdinand und distanzierte sich von der Tat als einem «abscheulichen Verbre-

chen». Genauso verhielten sich auch alle damaligen serbischen Medien und Intellektuelle wie Vasa Stajić und Jovan Skerlić. Darüber hinaus versprach die serbische Regierung öffentlich, Ermittlungen vorzunehmen und alle am Verbrechen Beteiligten hart zu bestrafen. Jedwede Verbindung zum Attentat wies sie entschieden von sich. Doch auch wenn die serbische Regierung nicht in das Attentat involviert gewesen sein mag, lässt sich dasselbe kaum von einzelnen paramilitärischen Organisationen und Einzelpersonen sagen, von nationalistischen Extremisten aus Bündnissen wie der «Volksverteidigung» oder gar der konspirativen Offiziersverbindung «Vereinigung oder Tod» («Schwar-

ze Hand»). Beide Organisationen übten starken Einfluss auf die Jungbosnier aus.

Es ist kein Geheimnis, dass auch die offizielle Politik der serbischen Regierung in die Richtung ging, Bosnien als serbisches Land zu betrachten und es nur als eine Frage der Zeit zu sehen, wann es Bestandteil Serbiens werden würde. Dies war 1878 allen klar, als Österreich-Ungarn nach dem Willen der Großmächte auf dem Berliner Kongress Bosnien und Herzegowina besetzte, und ebenso 1908, als es das Land einseitig annektierte und die Großmächte erst im Nachhinein die Annexion billigten. Serbien hatte seinerzeit unter dem Druck Russlands, das keinen Krieg wollte, in einem Promemoria seinen Verzicht auf Bosnien und Herzegowina erklärt, in dem es hieß, die Annexion berühre keine serbischen Interessen. Dies war natürlich ein erzwungener Schritt, denn in Wirklichkeit gab die serbische Politik nie ihre Aspirationen auf das Gebiet von Bosnien und Herzegowina auf.

Trotz derartiger Bestrebungen steht fest, dass Serbien zu diesem Zeitpunkt an einem bewaffneten Konflikt mit Österreich-Ungarn nicht gelegen war, wofür auch die genau damals aus-

geschriebenen Parlamentswahlen ein Beleg sind. Die Nachricht von der Ermordung Franz Ferdinands erreichte Ministerpräsident Nikola Pašić während des Wahlkampfes im Landesinneren. Ebenso wenig war Russland an einem Krieg gelegen, denn es hatte gerade erst begonnen, seine Gesellschaft und Wirtschaft nach den stürmischen revolutionären Umbrüchen von 1905/06 zu stabilisieren. Absolut naheliegend ist jedoch, dass einzelne, auf eigene Faust agierende Teile des Geheimdienst- und Sicherheitsapparats ohne Wissen und Billigung der serbischen Regierung in dieser Richtung tätig wurden. Nur so war es möglich, dass es als Verbindungsoffizier zu den Jungbosniern einen Geheimdienstmajor, Voja Tankosić, geben konnte, der zweifelsfrei von General Boža Janković, dem Vorsitzenden der Organisation «Volksverteidigung», unterstützt wurde (und von dem einige «nationale» Historiker in Serbien heute behaupten, er sei ein Spion in Diensten des österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, Baron Giesl, gewesen, was geradezu grotesk erscheint). Jedenfalls waren Attentate als Methode auch in jener Zeit nicht akzeptabel. Dennoch ist es eine unwiderlegbare Tatsache, dass viele revolutionäre Organisationen im damaligen Europa sich ihrer bedienten. Der britische Historiker Seton-Watson bezeichnete das Attentat auf Franz Ferdinand viele Jahre später als «dunklen Fleck auf dem jugoslawischen Vereinigungsgedanken».

FAZIT

In der heutigen Zeit vereinnahmten serbische Nationalisten Gavrilo Princip als «Nationalisten» und «Großserben», und die Ermordung von Erzherzog Ferdinand wird als mutige und heroische Tat gepriesen. Außerhalb Serbiens halten viele Princip für einen Terroristen. Die Wahrheit jedoch liegt immer zwischen zwei Extremen. Es ist bereits an mehreren Stel-

len hervorgehoben worden, dass Princip und seine Mitstreiter keine Nationalisten waren, zumindest keine Nationalisten wie jene, die sich heute für «serbische Nationalisten» halten. Princip war kein Chauvinist, sondern ein Kämpfer für die Befreiung von der Fremdherrschaft und für soziale Gerechtigkeit. Er war ein Serbo-Kroate, also Jugoslawe, und ein Anhänger von Kropotkins Idee einer sozialen Revolution, nur glaubte er, dass dafür das Terrain vorbereitet werden und eine solche Revolution

Auch ohne das Attentat hätte es den Krieg sicher gegeben, denn die Gegensätze unter den Großmächten waren bereits sehr ausgeprägt.

gleichzeitig in ganz Europa vonstattengehen müsse. Zuvor seien jedoch alle Völker von der Fremdherrschaft zu befreien, erst dann könnten die Klassenkonflikte gelöst werden.¹⁵ Nach seinem Verständnis mussten auch andere slawische Völker befreit werden: Tschechen, Slowaken, Polen. Andererseits fand er, dass auch die armen Schichten des österreichischen Volkes Freiheit und Gerechtigkeit verdienten.¹⁶ All das unterscheidet ihn deutlich von den heutigen serbischen Nationalisten, deren Ideen an Chauvinismus und Rassismus grenzen. Ohne Frage hat er einen Mord, ein Verbrechen begangen. Das ist unstrittig, reicht aber nicht aus, um ihn als Terroristen abzustempeln, denn seine Motive waren nicht utopisch, sondern tatsächlich realisierbar und – was das Wichtigste ist – gerecht. Im Gespräch mit dem Gefängnispsychologen Dr. Pappenheim betont Princip selbst, es sei ihm nicht darum gegangen, zum Helden zu werden. Im Gegenteil, er habe lediglich für sein Volk sterben wollen. Zugleich war er überzeugt, das Attentat als solches habe den Weltkrieg nicht ausgelöst.¹⁷ Allein der Umstand, dass er das Attentat verübt hat, macht ihn genauso wenig zum Helden. Princip war schlicht die Personi-

fizierung der Idee von der Befreiung der Serben und Kroaten in Bosnien vom politischen Joch Österreichs zum einen und von den Ketten des Feudalismus zum anderen. Wie dies zu bewerkstelligen sei, war allerdings weder ihm noch dem «Jungen Bosnien» vollends klar. Princip und seine Gefährten sahen weder einen anderen Weg, noch hätten sie Verständnis dafür gehabt, standen sie doch den Ideen der russischen Anarchisten sehr nahe und machten von deren Methoden Gebrauch. Für den Ersten Weltkrieg verantwortlich sind die imperialistischen Bestrebungen Deutschlands, das Österreich-Ungarn geradezu in den Krieg drängte. Den Vorwand fand man mit dem Attentat.¹⁸ Auch ohne das Attentat hätte es den Krieg sicher gegeben, denn die Gegensätze unter den Großmächten waren bereits sehr ausgeprägt. Serbien war weder während der Annexionskrise 1908 noch 1914 an einem Krieg gelegen, weil es für einen Krieg noch nicht bereit war, was sich sofort nach dessen Ausbruch auch zeigte. Vorhanden waren nur Enthusiasmus und patriotische Energie, die bewirkten, dass die Serben zu Kriegsbeginn, obwohl sie wesentlich schlechter ausgerüstet waren, mit einem mächtigen Ansturm nach der Schlacht von Cer die Österreicher von ihrem Territorium zu vertreiben vermochten. Doch bereits Ende 1915 und Anfang 1916 folgten der Zusammenbruch und der Rückzug von König, Regierung und Armee nach Griechenland. Das «Junge Bosnien» war keine terroristische Organisation, obwohl von zwei seiner Angehörigen, Žerajić und Princip, politische Attentate verübt worden sind. Sie war eine heimat- und vaterlandsverbundene Organisation, die vor allem von Serben getragen wurde, aber auch Kroaten und Muslime in ihren Reihen hatte, die sich ebenfalls der österreichischen Herrschaft widersetzen. Die Befreiung Bosniens von der Fremdherrschaft und soziale Reformen (insbesondere eine Agrarreform), das heißt die definitive Beseitigung der feudalen Verhältnisse, waren die grund-

legenden Ziele dieser Organisation und der meisten ihrer Mitglieder.

Übersetzung: Jana Mayer-Kristic

1 Vgl. z. B. die bahnbrechende Studie des deutschen Historikers Fischer, Fritz: *Germany's Aims in the First World War*. New York 1968 (A. d. Ü.: dt. Original: Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961). **2** Vgl. die Besprechungen von Afflerbach: Holger: *Schlafwandelnd in die Schlacht*, in: *Der Spiegel*, Nr. 30/2013, S. 50–51 und Ullrich, Volker: *Zündschnur und Pulverfass*, in: *Die Zeit*, 12.9.2013; vgl. auch *Der Griff nach der Weltmacht*. Diskussion mit Christopher Clark und Adam Krzemiński, in: *Die Zeit*, 12.9.2013; Clark, Christopher: *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*. London 2013 (A. d. Ü.: dt. Übersetzung: Clark, Christopher: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. München 2013). **3** Dedijer, Vladimir: *Sarajevo 1914*, Bd. I–II, Belgrad 1966 (A. d. Ü.: dt. Übersetzung: Dedijer, Vladimir: *Die Zeitbombe. Sarajevo 1914*. Wien 1967); Mitrović, Andrej: *Srbija u Prvom svetskom ratu*, Belgrad 1989 (A. d. Ü.: Buch liegt nicht in deutscher, aber in englischer Übersetzung vor: Mitrović, Andrej: *Serbia's Great War*. London 2007). **4** Vgl. Đokić, Dejan: *Yugoslavism. Histories of a Failed Idea 1918–1992*, London 2003; Gross, Mirjana: *Društveni razvoj u Hrvatskoj (od 16. stoljeća do početka 20. stoljeća)*, Zagreb 1981; Petranović, Branko: *Istorija Jugoslavije 1918–1988*, Bd. I–III, Belgrad 1989. **5** Garašanin, Ilija: *Načertanije. Program spoljne i nacionalne politike Srbije 1844. godine*, Belgrad 2009 (A. d. Ü.: *Das Original von Garašanins Programm und eine von Otto Kronsteiner gefertigte Übersetzung ins Deutsche wurden auch veröffentlicht in: Die slavischen Sprachen* 31 (1993), S. 44–89. Quellenangabe übernommen von Sundhausen, Holm: *Geschichte Serbiens*. 19.–21. Jahrhundert. Wien 2008, S. 115). **6** Diese Idee war auch das Leitbild für die serbischen Nationalisten und das Milošević-Regime während der Kriege der neunziger Jahre in Bosnien-Herzegowina und Kroatien. Selbstredend sind der Aufstieg Miloševićs, die Kriege der Neunziger und der Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) ein komplexes Thema, das den Rahmen dieses Artikels sprengen würde. **7** Bereits 1856 hatte sich Marschall Radetzky für die Idee ausgesprochen, Österreich solle sich Bosnien und Herzegowina als Hinterland zum Schutz Dalmatiens einverleiben. Vgl. Čorović, Vladimir: *Političke prilike u Bosni i Hercegovini*, Belgrad 1939, S. 16. **8** Masleša, Veselin: *Mlada Bosna*, Belgrad 2013, S. 33. **9** Ebd., S. 99. **10** Apostolovski, Aleksandar: *Principov metak još luta*. Interview mit Dr. Milan Mijalkovski, in: *Politika*, Belgrad, Jg. CXI, Nr. 36038, 9.3.2013, S. 11. **11** Ilić, Danilo: *Demokratija kod nas*, in: *Spomenica Danila Ilića*, Sarajevo 1922, S. 69. **12** Pfeffer, Leo: *Istraga o sarajevskom atentatu*, Zagreb 1938, S. 51. **13** Princip o sebi, Zagreb 1926, S. 6 (A. d. Ü.: Das Buch ist zweisprachig und enthält die Aussagen von Princip auch in deutscher Sprache). **14** Gačinović, Vladimir: *Bogdan Žerajić*, in: *Spomenica Vladimira Gačinovića*, Sarajevo 1921, S. 43. **15** Princip o sebi, S. 11. **16** Ebd., S. 13. **17** Ebd., S. 12. **18** Wolfram Wetze macht in «1914. Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg» unmissverständlich klar: «Die Ermordung des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand von Österreich in Sarajevo am 28. Juni 1914 bot der Reichsleitung ebenjener erwünschten Vorwand, um ein mehrwöchiges diplomatisches Verwirrspiel zu inszenieren, das als ‚Juli-Krise 1914‘ in die Geschichte eingegangen ist. Das politische Kalkül dabei lautete: Greift Österreich-Ungarn wegen der Ermordung des Thronfolgers Serbien an, so tritt die serbische Schutzmacht Russland auf den Plan, macht seine Streitkräfte mobil und liefert Deutschland so den Grund für die eigene Mobilmachung. Damit ist der sehnlichst herbeigewünschte Krieg endlich da, ohne dass es selbst als Aggressor erscheint» (in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2014, S. 41–53) (A. d. Ü.: Der Autor des Textes zitiert an dieser Stelle die Übersetzung von Wettes Beitrag ins Serbische, veröffentlicht unter dem Titel «Želja za ratom», unter: <http://pescanik.net/2014/03/1914-zelja-za-ratom>).

Boris Kanzleiter

WENN ERINNERN SCHWIERIG WIRD

SARAJEVO-ATTENTAT, ERSTER WELTKRIEG UND DIE IDEE DER BALKANFÖDERATION

Der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges hat eine wahre Erinnerungsflut in Gang gesetzt. Neue Bücher und Filme werden publiziert. Auch die Massenmedien räumen dem Geschichtsdatum ungewöhnlich viel Platz ein. Es steht dabei durchaus eine politische Absicht hinter dem Gedenkmarathon. Die Beschwörung der «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» soll heute eine Mahnung für den Frieden in Europa sein.

Es scheint allerdings so, als ob in Deutschland auch noch eine andere Motivation erkennbar ist. Meinungsbildende Massenmedien wie der Der Spiegel lassen die Thesen des Historikers Christopher Clark zur Geltung kommen. «Schlafwandelnd in die Schlacht. Die Deutschen tragen Schuld am Ersten Weltkrieg – aber nicht mehr als andere», hieß es bereits im September 2012 in einer ersten Besprechung der Studie Clarks, deren deutsche Übersetzung ein Bestseller ist.

Neben der Relativierung der Verantwortung des Deutschen Reichs behauptet Clark, dass Serbien eine größere Verantwortung für den Kriegsausbruch trage als bisher angenommen. Clark wirft die Diskussion über die Kriegsursachen damit auf den Stand am Beginn der 1960er Jahre zurück, als der Hamburger Historiker Fritz Fischer den Nachweis führte, dass es das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn waren, die durch ihren Expansionsdrang den Krieg entfesselten. Nach langen Kontroversen wurde Fischers These

allgemein akzeptiert – bis mit Clark ein Rollback einsetzte.

Die Neubewertungen des Ersten Weltkrieges erzeugen in Deutschland kaum Emotionen. In Serbien und Bosnien-Herzegowina dagegen sorgen revisionistische Diskurse über den Ersten Weltkrieg für eine vergiftete Atmosphäre. Und das aus mindestens zwei Gründen. Einerseits ist im europäischen Geschichtsbewusstsein kaum verankert, dass die vom Deutschen Reich unterstützte österreich-ungarische Armee auf dem Balkan grausame Kriegsverbrechen verübte. Das Königreich Serbien hatte mit 1,1 Millionen Kriegstoten, gemessen an seiner damaligen Einwohnerzahl (4,5 Millionen), unter allen Kriegsteilnehmern die höchsten Verluste zu beklagen.

Andererseits handelt es sich bei der Bewertung der Kriegsursachen um alles andere als eine historiografische Übung. Die Diskussionen über den Ersten Weltkrieg werden auf dem Balkan vielmehr unmittelbar mit tagespolitischen Konfliktkonstellationen verbunden und speziell in Bosnien-Herzegowina in den Antagonismus zwischen «bosnischen Serben» und «bosnischen Muslimen» eingespeist, welcher in diesem Land auch 18 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs der 1990er Jahre das politische Leben dominiert.

Einen Kristallisationspunkt finden die aktuellen Kontroversen in der Bewertung des «Attentats von Sarajevo» vom 28. Juni 1914, als Mitglieder der Gruppe «Junges Bosnien»,

Die Neubewertungen des Ersten Weltkrieges erzeugen in Deutschland kaum Emotionen. In Serbien und Bosnien-Herzegowina dagegen sorgen revisionistische Diskurse über den Ersten Weltkrieg für eine vergiftete Atmosphäre.

darunter der letztlich erfolgreiche Schütze Gavrilo Princip, den österreich-ungarischen Erzherzog Franz Ferdinand erschossen. Inspiriert durch Clark sehen nationalistische muslimische und kroatische Intellektuelle in Gavrilo Princip ganz im Stil der historischen deutsch-österreichischen Propaganda während und nach dem Ersten Weltkrieg, einen «serbischen Mörder» und «Terroristen». Princip wird teilweise sogar in eine Linie mit Kriegsverbrechern der 1990er Jahre gestellt. Wie sie habe Princip für ein «Großserbien» gekämpft.

Dagegen steht ein «serbisches» Narrativ. In dieser Deutung ist Princip in erster Linie – wundert es? – ein «serbischer Freiheitskämpfer». Während zum Jahrestag am 28. Juni 2014 in Sarajevo die Wiener Philharmoniker ein Konzert gaben, führte die Regierung der serbischen Gebietsentität in Bosnien-Herzegowina in Višegrad eine eigene Veranstaltung durch. Dabei wurde eine Gavrilo-Princip-Büste enthüllt. Der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, erklärte bei dieser Gelegenheit: «Wir sind im Jahr 2014 angekommen, wo verschiedene internationale Besatzer versuchen, uns das aufzudrängen, was Österreich-Ungarn nicht geglückt ist. Wir wollen das nicht, wir wollen unsere Freiheit.»

Gavrilo Princip als serbischer «Terrorist» oder «Held»? Beide Positionen sind aus geschichtswissenschaftlicher Sicht schlichtweg falsch. Sie verschweigen, was Historiker wie Vladimir Dedijer schon in den 1960er Jahren auf der Grundlage eindeutiger Quellen geklärt haben. Gavrilo Princip war zwar serbischer Herkunft, seine Freunde aus der Gruppe «Junges Bosnien» waren aber alles andere als serbische Nationalisten. Im Gegenteil, im «Jungen Bosnien» wirkten serbische, kroatische und muslimische Mitglieder gemeinsam. Das international wohl prominenteste Mitglied dieser Gruppe war der spätere Literaturnobelpreisträger Ivo Andrić, ein bosnischer Kroat. Das Hauptziel der Gruppe war eine Beendigung

der kolonialen und halbfeudalen Herrschaft des Habsburger Reiches über Bosnien-Herzegowina und eine Vereinigung der südslawischen Völker in einem neu zu schaffenden Jugoslawien. Diese Idee war bei den verschiedenen Teilnehmenden in unterschiedlicher Weise mit zeitgenössischen anarchistischen, sozialistischen und sozialrevolutionären Ideen verbunden.

Es bleibt zu hoffen, dass den aktuellen nationalistischen Narrativen wieder eine differenzierte Sicht auf das «Junge Bosnien» und die Person Gavrilo Princip entgegengestellt wird. Manche Ansätze gibt es dafür, sowohl in Serbien und Kroatien als auch in Bosnien-Herzegowina. So schrieb der Essayist Filip Baunović aus Belgrad kürzlich: «Wenn Princip ein Nationalist war, dann war er ein jugoslawischer Nationalist, was bedeuten würde, dass sein Nationalismus keine Spuren der Ethno-Nation enthalten würde, sondern einen antikolonialen, progressiven Nationalismus.» Eine linksorientierte aktivistische Gruppe versuchte dies am Rande der Feiern am 28. Juni auch auf den Straßen Sarajevos deutlich zu machen. Die AktivistInnen trugen Masken mit dem Gesicht Principis. Auf Plakaten standen die Parolen: «Wir sind wieder besetzt von Imperialismus, IWF, Nationalismus, Kapitalismus, EU und internationaler Gemeinschaft.»

Ein mindestens genauso wichtiges Thema wird in den Diskussionen über den Ersten Weltkrieg in Serbien und Bosnien-Herzegowina allerdings bisher noch nicht einmal am Rande behandelt. Es geht um die Erinnerung an die sozialistische Opposition gegen den Ersten Weltkrieg auf dem Balkan, eine Bewegung, die heute als Vorbild für den Kampf gegen Nationalismus und Krieg gelten könnte.

In Opposition zur imperialistischen Hegemonialpolitik entstand auf dem Balkan ab dem Berliner Kongress 1878 – auf dem sich die Großmächte unter der Moderation des «ehrlichen Maklers» Bismarck über ihre Einflussphären in der Region verständigt hatten – in

der sich langsam formierenden sozialistischen Bewegung auf dem Balkan die Idee einer «Balkanföderation». Auf der «Ersten Sozialdemokratischen Balkan-Konferenz» 1910 in Belgrad wurde eine «Demokratische Balkanföderation» als Ziel der Parteien der Arbeiterbewegung proklamiert. Die Idee der Balkanföderation setzte auf die Kooperation der Bevölkerungen der Region, den Widerstand gegen koloniale und imperiale Projekt der Großmächte und stellte sich im Sinn des sozialistischen Internationalismus auch gegen die nationalistischen und expansionistischen Pro-

tion Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs solidarisierte. Teilnehmer waren unter anderen die jüdische Arbeiterföderation aus Thessaloniki, die zu den Quellen der griechischen Arbeiterbewegung zählte. Aus Bulgarien nahmen Dimitar Blagoev Nikolov, der Gründer der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei und späterer Gründer der Bulgarischen Kommunistischen Partei, sowie Christian Rakovski, ein bedeutender bulgarisch-rumänischer Sozialist und Kommunist teil.

Das Erbe dieser sozialistischen Antikriegsbewegung auf dem Balkan ist heute weitgehend verschüttet. Die Idee der sozialistischen Balkanföderation ist durch den dominanten nationalistischen und antisozialistischen Diskurs aus einer breiteren Öffentlichkeit und

Das Erbe dieser sozialistischen Antikriegsbewegung auf dem Balkan ist heute weitgehend verschüttet.

jekte der verschiedenen lokalen Eliten in den im 19. Jahrhundert neu gegründeten Balkanstaaten.

Die auf eine Balkanföderation orientierte sozialistische Bewegung war während der Balkankriege 1912/13 und während des Ersten Weltkrieges 1914 bis 1918 die führende Kraft der Antikriegsbewegung auf dem Balkan und ein positives Beispiel für die Antikriegsbewegungen in ganz Europa. Während die Barbarei des Krieges von «Europa» ausging, widersetzte sich die Mehrheitsströmung der sozialistischen Bewegung auf dem Balkan dem Krieg. Und im Unterschied zu Deutschland, Frankreich und Österreich-Ungarn, wo sich im August 1914 die Mehrheiten der sozialistischen Abgeordneten für den Krieg aussprachen, stimmten die beiden Abgeordneten der serbischen Sozialisten am 8. August 1914 in einer Atmosphäre der nationalistischen Mobilisierung gegen die Kriegskredite.

Im Juli 1915 wurde in Bukarest die «Zweite Sozialdemokratische Balkan-Konferenz» organisiert, in der die Antikriegsposition verschiedener sozialistischer Parteien in der Region gefestigt wurde und die sich ausdrücklich mit der Posi-

tion dem Geschichtsbewusstsein nahezu eliminiert. Einen Beitrag zu dieser Verdrängung haben auch die ehemaligen kommunistischen Parteien geleistet, die nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise nationalistische Narrative aktivierten und ihre eigene Geschichte negierten. Die Idee der sozialistischen Balkanföderation kann aber heute ein fruchtbarer Anknüpfungspunkt für eine geschichtspolitische Identitätsbildung der neuen linksorientierten Bewegungen in der Region sein, die sich derzeit immer deutlicher über eine Balkanidentität definieren. Vereinzelt Versuche, die Diskussion über die Balkanföderation zu aktualisieren und deren zentralen Ideen – regionale Kooperation, Solidarität der Arbeiterbewegung und sozialen Bewegungen über nationale Grenzen hinweg sowie Widerstand gegen nationalistische Expansionsprojekte der lokalen Eliten und eine neokoloniale Hegemonialpolitik – wiederzubeleben, haben in der emanzipatorischen Linken in der Region in den vergangenen Jahren ein durchweg positives Echo gefunden. Dazu zählte auch ein Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sarajevo Anfang Juni 2014.

Luc Jochimsen

1914: DIE REICHSTAGSDEBATTEN ZU DEN KRIEGSKREDITEN

EINE SZENISCHE LESUNG

Am 4. August 1914 bewilligte der Reichstag fünf Milliarden Reichsmark für den Krieg. Welche Rolle spielte das Parlament seinerzeit bei der Vorbereitung des Krieges – insbesondere die Fraktion der Sozialdemokraten, die bei den Reichstagswahlen über ein Drittel der Wählerstimmen erhalten hatte? Welche Reden wurden gehalten, als es darum ging, den Krieg zu finanzieren – und welche Reden durften nicht gehalten werden? Die 100 Jahre alten Texte haben eine beklemmende Aktualität. Es handelt sich um eine Collage mit «historischen Rollen» aus Reichstagsprotokollen, Zeitungsberichten und den Tagebuchnotizen von Karl Liebknecht, der als einziger Abgeordneter Nein sagte.

Rollen: Kaiser, Reichskanzler, Parlamentspräsident Kaempf, Abgeordneter Hugo Haase, Vizepräsident, *Vossische Zeitung*, *Tägliche Rundschau*, *Vorwärts*, *Berliner Neueste Nachrichten*, Karl Liebknecht, Erzählerin, Erzähler, Protokoll.

Erzählerin: 4. August 1914. Der Reichstag debattiert:

Reichskanzler: Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein ... Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Russland und Frankreich.

Abgeordneter Haase: Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern ... für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Parlamentspräsident Kaempf: Niemals hat

das Volk einmütiger zusammengestanden als heute. Auch diejenigen, die sich sonst grundsätzlich als Gegner des Krieges bekennen, eilen zu den Fahnen.

Reichskanzler: Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut.

Abgeordneter Haase: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.

Erzählerin: Der 4. August 1914 war schon der vierte Kriegstag des kaiserlichen Deutschlands. Am 1. August hatte der Kaiser Russland den Krieg erklärt, am 3. August Frankreich. Deutsche Truppen hatten bereits russische Grenzorte besetzt, im Westen das neutrale Luxemburg und marschierten gen Belgien.

Nun stand die Zustimmung zu diesem Krieg durch die Bewilligung der Kriegskredite in Höhe von fünf Milliarden Mark im Parlament an. Dem kaiserlichen Parlament wohlgermerkt, gewählt nur von Männern über 25 Jahren, Fürsorgeempfänger und Soldaten ausgeschlossen. In ihm stellten allerdings die Sozialdemokraten die größte Fraktion, mit fast 35 Prozent der Abgeordneten.

Erzähler: Der 4. August war – so titelten die Zeitungen: «Der historische Tag», «Des Reichstages größte Stunde», «Die Stunde der Bewilligung der Kriegskredite», «5 Milliarden für den Krieg», «Die finanzielle Rüstung für Kaiser, Reich und Volk!»

Erzählerin: Die Eröffnung der Kriegssitzung des Reichstages fand um 1 Uhr mittags zunächst gar nicht im Parlament, sondern im Weißen Saal des Hohenzollernschlosses durch den Kaiser statt. Zitate aus seiner Thronrede:

Kaiser: In schicksalsschwerer Stunde habe Ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um Mich versammelt. ... Auf Sie, geehrte Herren, blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell – das ist Mein inniger Wunsch. ... Ich wiederhole: Ich kenne keine Partei mehr, Ich kenne nur Deutsche, und zum Zeugen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- und Konfessionsunterschiede zusammenzuhalten mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere Ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und Mir dies in die Hand zu geloben.

Erzähler: Protokoll und Zeitungsberichte vermerken an dieser Stelle: Stürmisches Bravo/Jubel/nicht enden wollender Beifall aller Anwesenden.

Erzählerin: Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion waren nicht anwesend; ihre Vorstände legten das Handschlagelöbnis nicht ab.

Erzähler: Trotzdem berichtete die bürgerliche Presse vom Tage, dass «mit Sicherheit auch die Sozialisten den Vorlagen der Regierung zustimmen würden». Und auch der *Vorwärts* meldete: «Die sozialdemokratische Fraktion fasste in einer Montagnachmittag abgehaltenen Fraktionssitzung den Beschluss, für die von der Regierung angeforderten Kredite zu stimmen. Durch Abgabe einer Erklärung wird sie ihren Beschluss begründen.»

Erzählerin: Der 4. August 1914: Für 3 Uhr nachmittags ist die Plenarsitzung angesetzt. Der Berichterstatter der *Vossischen Zeitung* schreibt: «Auf der Bundesratsestrade drängen sich die Regierungsvertreter, im Saale wogt es unter den zahlreich erschienenen Abgeordneten. Nur dort, wo Polen und Elsässer sitzen, gähnen einige Lücken. Einige der Volksboten sind in Uniform erschienen, in Paradeuniform, während die Militärs auf der Bundesratsestrade zum Teil in Feldgrau gekleidet sind. Auf der Rechten sieht man fast nur Kavallerieoffiziers-

uniformen, in der Mitte herrscht die Infanterie vor. Punkt Viertel nach 3 Uhr eröffnet der Präsident die Sitzung.»

Erzählerin: Nicht einmal eine Stunde dauert die Debatte – und nur drei Redner ergriffen das Wort, drei Prototypen des Wilhelminischen Reiches.

Erzähler: Erstens: Reichskanzler Theobald Bethmann Hollweg, Sohn eines Rittergutsbesitzers, 1856 geboren, Jurist, Landrat, Regierungspräsident, Preußischer Innenminister.

Erzählerin: Kein «Sozialistenfresser». Nach der Reichstagswahl 1912 gab er offiziell August Bebel die Hand, was ihm von seinesgleichen nie verziehen wurde. Auch kein Falke der Kriegspolitik.

Erzähler: Zweitens: Parlamentspräsident Johannes Kaempf, Bankdirektor, Präsident des Deutschen Handelstages, 1842 geboren.

Erzählerin: Linksliberaler des I. Berliner Wahlbezirks, Freimaurer.

Erzähler: Drittens: der Fraktionsführer der Sozialdemokraten Hugo Haase, Sohn eines jüdischen Schuhmachers und Händlers, 1885 geboren, Journalist, Jurist, jahrelang der erste und einzige sozialdemokratische Rechtsanwalt in Ostpreußen, Strafverteidiger zusammen mit Liebknecht.

Erzählerin: Noch am 29. Juli hatte er zusammen mit dem französischen Sozialistenführer Jean Jaurès an einer großen Antikriegskonferenz und -kundgebung in Brüssel teilgenommen – zwei Tage bevor Jaurès in Paris ermordet wurde.

Erzähler: Aus der Rede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg:

Reichskanzler: Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Seit wir uns Deutsches Reich und Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jahre lang in Frieden gelebt und den Frieden Europas geschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir stark und mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie unter dem Vorwande, dass Deutschland kriegslüstem

sei, in Ost und West Feindschaften genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesät wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: Nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen.

Protokoll: Lebhaftes Bravo

Reichskanzler: Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen – gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Russland hat die Brandfackel an das Haus gelegt.

Protokoll: Stürmische Rufe: Sehr richtig! Sehr wahr!

Reichskanzler: Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Russland und Frankreich ... Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr;

Protokoll: Lebhafteste Zustimmung

Reichskanzler: und Not kennt kein Gebot!

Protokoll: Stürmischer Beifall

Reichskanzler: Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt,

Protokoll: Bravo

Reichskanzler: vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.

Protokoll: Erneutes Bravo

Reichskanzler: Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand.

Protokoll: Hört! Hört! Rechts.

Reichskanzler: Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können.

Protokoll: Lebhafteste Zustimmung

Reichskanzler: So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen.

Protokoll: Sehr richtig!

Reichskanzler: Das Unrecht – ich spreche offen – das Unrecht, das wir somit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.

Protokoll: Bravo!

Reichskanzler: Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! ...

Protokoll: Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.

Reichskanzler: Meine Herren, soweit die Hergänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers: «Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf!»

Protokoll: Bravo!

Reichskanzler: Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit – hinter ihr das ganze deutsche Volk!

Protokoll: Andauernder lebhafter Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen. Der Reichstag erhebt sich.

Reichskanzler: Das ganze deutsche Volk ...

Protokoll: Zu den Sozialdemokraten

Reichskanzler: ... einig bis auf den letzten Mann!

Protokoll: Erneuter minutenlanges jubelnder Beifall

Reichskanzler: Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr. Ich bitte um ihre schnelle Erledigung.

Protokoll: Stürmischer Beifall und Händeklatschen

Erzählerin: Nun ergreift der Parlamentspräsident Johannes Kaempf das Wort:

Parlamentspräsident: Wir befinden uns mächtigen Gegnern gegenüber, die uns von rechts und links bedrohen, die ohne Kriegserklärung über unsere Grenzen hereingebrochen sind und uns den Kampf zur Verteidigung unseres Vaterlandes aufgezwungen haben. Wir sind uns bewusst, dass der Krieg,

in den zu ziehen wir gezwungen sind, ein Kampf der Abwehr ist, gleichzeitig aber auch für Deutschland einen Kampf um die höchsten geistigen und materiellen Güter der Nation, einen Kampf auf Leben und Tod ...

Protokoll: Lebhaftes Bravo

Parlamentspräsident: ... einen Kampf um unsere Existenz bedeutet.

Protokoll: Wiederholtes lebhaftes Bravo auf allen Seiten

Parlamentspräsident: Der Augenblick, in dem der Reichstag sich anschickt, angesichts des Ausbruchs des Krieges die Gesetze zu votieren, die für den Krieg und für das wirtschaftliche Leben während des Krieges die sichere Grundlage zu bieten bestimmt sind, ist ein feierlicher und tieferster, aber zu gleicher Zeit ein unendlich großer und erhebender ...

Protokoll: Bravo!

Parlamentspräsident: Niemals hat das ganze Volk einmütiger zusammengestanden als heute. Auch diejenigen, die sonst sich grundsätzlich als Gegner des Krieges bekennen, eilen zu den Fahnen, und ihre Vertreter im Reichstag bewilligen ungesäumt die für die Verteidigung des Reiches erforderlichen Mittel.

Protokoll: Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.

Erzählerin: Nachdem dann insgesamt 17 Vorlagen einer detaillierten Kriegswirtschaftsordnung en bloc eingebracht sind, erhält als einziger Redner der sozialdemokratische Fraktionschef Hugo Haase das Wort.

Erzähler: In den *Berliner Neuesten Nachrichten* heißt es am folgenden Tag: «Zur Tribüne steigt ein Mann hinauf, auf den sich alle Blicke lenken. Wie er am Rednerpulte steht, die Arme über den Textbogen seiner Erklärung gekreuzt, ist er sich des Wiederhalls seiner Worte über Deutschland hinaus bewusst. Was der untersetzte Mann da im hartkantigen Tonfall seiner ostpreußischen Heimat spricht, soll Europa lehren, wie wenig stichhaltig die Legende vom Groll des geknechteten deutschen Proletariats ist. Erst mit Haases Worten ist der

Ring geschlossen: Deutschlands Herz schlägt in einem Takt.»

Erzählerin: Aus der Rede von Hugo Haase:

Haase: Meine Herren, im Auftrag meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu ...

Protokoll: Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten

Haase: ..., wir lehnen sie ab.

Protokoll: Bravo! bei den Sozialdemokraten

Haase: Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einverständnis mit den französischen Brüdern, ...

Protokoll: Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten

Haase: ... für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt.

Protokoll: Erneuter lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten

Haase: Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Protokoll: Lebhaftes Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien

Haase: Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dies Verhängnis hereingerissen sind.

Protokoll: Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten

Haase: Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen.

Protokoll: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten

Haase: Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

Protokoll: Lebhaftes allseitiges Bravo und Händeklatschen

Haase: Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, und denen zu der Angst um ihr Leben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen.

Protokoll: Sehr wahr!

Haase: Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.

Protokoll: Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten

Haase: Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blut der Besten des eigenen Volkes befleckt hat ...

Protokoll: Lebhaftes Rufe: Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten

Haase: ... viel, wenn nicht alles auf dem Spiel.

Protokoll: Erneute Zustimmung

Haase: Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen.

Protokoll: Bravo

Haase: Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.

Protokoll: Lebhaftes Bravo

Haase: Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbstständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat.

Protokoll: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten

Haase: Wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

Protokoll: Sehr gut! bei den Sozialdemokraten

Haase: Wir fordern, dass dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht.

Protokoll: Bravo! bei den Sozialdemokraten

Haase: Wir hoffen, dass die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

Protokoll: Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten

Haase: Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.

Protokoll: Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten

Parlamentspräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die erste Beratung. Wir treten sofort in die zweite Beratung ein.

Erzählerin: 15 Minuten später wird ohne Debatte in die dritte Lesung der Vorlagen übergegangen. Vizepräsident Dr. Paasche ergreift das Wort.

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich eröffne also die Generaldiskussion in Verbindung mit der Einzelberatung – und schließe sie, da niemand das Wort wünscht. Ich bitte dann, dass diejenigen Herren, die in der Generalabstimmung in dritter Lesung alle die vorhin verlesenen und unverändert angenommenen Gesetze annehmen wollen, sich von den Plätzen erheben.

Protokoll: Das Haus erhebt sich einmütig. Lang anhaltender stürmischer und begeisterter Beifall und Händeklatschen.

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich konstatiere die einstimmige begeisterte Annahme aller Vorlagen.

Protokoll: Wiederholter stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.

Erzähler: Zur selben Zeit hält sich der Botschafter Großbritanniens Sir Edward Goschen

im Reichstag auf. Die *Vossische Zeitung* berichtet in ihrer Morgenausgabe vom 5. August 1914: «Kurz nach der Rede des Reichskanzlers, in der bereits der durch das Betreten des belgischen Gebietes begangene Verstoß gegen das Völkerrecht freimütig anerkannt und der Wille des Deutschen Reiches, die Folgen wieder gutzumachen, erklärt war, erschien Sir Edward Goschen, um dem Staatssekretär von Jagow eine Mitteilung seiner Regierung zu machen. In dieser wurde die deutsche Regierung um alsbaldige Antwort auf die Frage ersucht, ob sie die Versicherung abgeben könne, dass keine Verletzung der belgischen Neutralität stattfinden würde. Staatssekretär von Jagow erwiderte sofort, dass dies nicht möglich sei.»

Erzähler: Die Sitzung im Reichstag schließt um 5 Uhr 20 Minuten. Kurz nach 7 Uhr erschien der Botschafter Großbritanniens im Auswärtigen Amt, um im Namen seiner Regierung dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern. Damit endete der vierte Kriegstag, der 4. August 1914.

Erzählerin: Die Nachrichten lauteten: Der Weltkrieg beginnt.

Erzähler: Drei Nachträge. Die *Vossische Zeitung* schreibt in ihrer Beilage vom nächsten Tag: «Eine wahrhaft denkwürdige Sitzung ... Der Reichskanzler spricht es am Schluss aus: Denkwürdig nicht so sehr durch die gefassten Beschlüsse an sich, als durch den Geist, in dem sie gefasst wurden. Die Kriegskredite und einige notwendige Maßregeln sollen bewilligt werden. Ohne Widerspruch wird beschlossen, die Debatte über die Vorlagen zusammenzufassen. Und dann spricht nur einer: der Sozialdemokrat Haase. Wir wollen hier nicht untersuchen, wie weit innerliche Überzeugung, wie weit kluge Anpassung an die Volksstimmung bei dieser kurzen Erklärung beteiligt waren. Wir wollen nicht darüber nachsinnen, was das Hirn der hundertelf Abgeordneten, deren Vorgänger 1870 jeden Kredit für den Krieg mit Frankreich verweigert

haben, so umformen konnte, dass sie heute einmütig für die gewaltige Ausgabe stimmten. Wir wollen lediglich mit freudiger Genugtuung feststellen, dass die sozialdemokratische Fraktion die geschlossene Reihe der Volksgenossen nicht durchbrach; dass sie nicht abseits stand in dem Kampf um Deutschlands Existenz, und dass Herr Haase eine Rede hielt, die nach Ton und Inhalt durchaus würdig war.»

Erzähler: Die *Tägliche Rundschau* kommentiert so: «Er hat vieles gesündigt, dieser Reichstag im Laufe der Jahrzehnte ... Er hat mit endlosen Reden das deutsche Land überschwemmt, ohne dass diese Flut dieses Land merklich befruchtete ... Das alles zerstob. Das alles ist wie weggeweht und ausgelöscht, ist vergeben und vergessen angesichts der neuen Größe, die jetzt auch in diese Hallen zog, die der Krieg hineintrug, der Bewegter des Menschengeschlechts. Dieser Krieg ist ein Zauberkünstler und Wundertäter ... und er vollbringt das größte aller Wunder: Er *zwingt* die Sozialdemokratie an die Seite ihrer deutschen Brüder ... Wer vor ein paar Monaten behauptet hätte, die Sozialdemokratie werde fünf Milliarden dem Kaiser für einen Weltkrieg bewilligen oder gar ein Hoch auf ihn ausbringen, den hätte man wohl angesehen, als ob er nicht recht bei Troste wäre. Und doch hat im tiefen Ernst dieser Stunde ... auch die Sozialdemokratie zurückgefunden zu ihren deutschen Blutsbrüdern und den Deutschen in sich entdeckt. Das ist ein Ereignis von so gewaltiger Tragweite, dass es nachwirken wird, wie eine große, gewonnene Schlacht.»

Erzähler: Der dritte Nachtrag stammt von Karl Liebknecht. Er hat nach dem 4. August immer wieder versucht daraufhin zuweisen, dass die Fraktion der Sozialdemokraten keineswegs *einstimmig* die Bewilligung der Kriegskredite befürwortet habe. 14 Abgeordnete wollten ein Minderheitenvotum abgeben. Eine Mehrheit von 78 Fraktionsmitgliedern, bei einigen Enthaltungen, habe sich aber letztlich in allen Punkten durchgesetzt: dem Text der Erklä-

Ein spielerischer und distanziert-gebrochener Zugang

Interview mit Dr. Florian Weis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur szenischen Lesung «1914: Die Reichstagsdebatten zu den Kriegskrediten», einer Textcollage von Luc Jochimsen mit «historischen Rollen» aus Reichstagsprotokollen, Zeitungsberichten und den Tagebuchnotizen von Karl Liebknecht; Regie Franz Sodann.

Was heißt es heute – 100 Jahre nach den Reichstagsdebatten zu den Kriegskrediten von 1914 – im Rahmen der Lesung «historische Rollen» zu übernehmen?

Es mag bei dem ernststen Anlass etwas unseriös klingen, aber es ist auf jeden Fall ein leichter, fast spielerischer und etwas distanziert-gebrochener Zugang zum Thema. Das macht meines Erachtens auch den Reiz dieser szenischen Lesungen aus, ein Format, das wir ja seit 2009 schon mehrfach ausprobiert haben. Die Lesenden sagen nicht das Erwartete, sondern nehmen sich der Rolle anderer an. Dadurch tritt etwas Unerwartetes, ja etwas Überraschendes hervor. Das ist eine Brechung: mehr hin zur Darstellung und weg vom Statement.

Sie sind Historiker. Trägt der Umgang mit den historischen Quellen Ihrer Meinung nach die Lesung?

Solange die Textcollage als dramaturgisches und nicht als wissenschaftliches Instrument betrachtet wird, auf jeden Fall. Natürlich sind damit die Fragen nach dem Ersten Weltkrieg, den Kriegskrediten, der deutschen Haupt-, Allein- oder nicht Alleinschuld nicht abgehandelt. Das wäre

eine Entwertung von Geschichtswissenschaft, wenn man die Komplexität auf diese Weise würde reduzieren können. Ich finde, die Textauswahl – federführend war Luc Jochimsen, und von der der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben Michael Brie und Michaela Klingberg mitgewirkt – ist äußerst differenziert. Deshalb ist das für mich durchaus ein angemessener Umgang mit dem historischen Material, denn der Text fängt sehr gut die Spannung ein, die Ende Juli, Anfang August 1914 herrschte. Die kluge Art der Textauswahl macht deutlich, wie sich bei den Sozialdemokraten tagtäglich der Versuch, den Krieg zu verhindern, abschwächt. Gleichzeitig wird offensichtlich, wie die nationalistischen Kräfte voll vorantreiben.

Besitzen die zusammengestellten Zeitdokumente einen aktuellen Bezug?

Unbedingt, aber nicht in einem zu kurz gedachten Sinn. Seit dem Ende des Kalten Krieges und den damit verbundenen Fesseln, die er Europa im Positiven wie im Negativen angelegt hat, haben sich seit Anfang der 1990er Jahre mit Ex-Jugoslawien und dem Kaukasus-Konflikt dramatische Veränderungen vollzogen. Heute denke ich dabei an den Ukraine-Konflikt, an die Entwicklung im Irak und in Syrien. Das zeigt, dass sich imperiale Konflikte wiederholen und mehr noch an die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges als des Zweiten Weltkrieges erinnern. Auch ein anderer Vergleich wird manchmal herangezogen: Die Situation zwischen China, Japan und den USA, bei der wohl keine Seite an einer kriegerischen Zuspitzung interessiert ist, jedoch provokative Gesten und Auf-

rüstung stattfinden. Bei einer Deutung des Ersten Weltkrieges – die ich persönlich so nicht teile – als eines «Hineinschlitterns» Deutschlands und der anderen damaligen Großmächte wird dieser Vergleich manchmal mitgedacht. 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg ist manches beklemmend aktuell, ohne, dass das eins zu eins übertragen werden kann.

Welchen direkten Bezug sehen Sie zwischen der szenischen Lesung und der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung?

Für mich ist die Lesung ein zwar besonders attraktiver, aber dennoch nur ein punktueller Ausschnitt unserer Arbeit. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat um das Datum 1. September 2014 ein breites Angebot an Veranstaltungen konzipiert, etwa das 18. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Sicherheitspolitik «Das Jahr 1914 und die Frage von Krieg und Frieden im 20. und 21. Jahrhundert» oder den Kongress zum Geschichtsjahr 2014 «Geschichte wieder-

holt sich nicht, aber ...», 100 Jahre Erster Weltkrieg – 100 Jahre Bezugnahme und Deutung in Europa» in Wuppertal.

Wie war Rosa Luxemburgs Haltung 1914 zur Debatte um die Kriegskredite?

Sie war strikt gegen die Finanzierung des Krieges, hat – wie auch Clara Zetkin – einen konsequenten Antikriegskurs vertreten. Als Frau war sie ja aber nicht im Reichstag, aufgrund des Ausschlusses von Frauen vom aktiven und passiven Wahlrecht. Für Luxemburg war die Gewährung der Kriegskredite ein schwerer Schlag. Ihr Optimismus in die Menschheit als solche und in die Arbeiterbewegung als Avantgarde der Menschheit im Besonderen wurde dadurch ein Stück weit infrage gestellt. Bei aller Kritik an der Vorkriegssozialdemokratie hat sie sich dennoch als Teil davon begriffen.

Das Gespräch führte Ulrike Hempel, Pressereferentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ung, dem Vortrag durch den Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase, der zur Minderheit der Kriegsgegner gehörte und sich bis zum letzten Moment weigerte, ans Rednerpult zu gehen, bis die Mehrheit ihn dazu nötigte, dem Zustimmungszwang aller Mitglieder der Fraktion im Plenum – ohne Ausnahme.

Erzählerin: Am 26. September 1914 schreibt Liebknecht: «Nach meiner Ansicht wäre es die Pflicht der deutschen Reichstagsfraktion gewesen, in der schärfsten Form jede Verantwortung für den Krieg abzulehnen, der durch eine von uns seit je bekämpfte Politik hervorgerufen ist, an dem die herrschenden Klassen Deutschlands in hohem Grade mitschuldig sind und der im Allgemeinen eine Folge der von uns grundsätzlich bekämpften

kapitalistisch-imperialistischen Entwicklung darstellt. Nur die schärfste Form des Protestes war hier ausreichend. Durch die Bewilligung der Kredite hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz aller in der abgegebenen Erklärung enthaltenen Vorbehalte die Verantwortung übernommen. ... Selbst vom denkbar nationalsten Standpunkte aus hat unsere Fraktion einen ungeheuerlichen Fehler gemacht. ... Durch ihre Zustimmung hat sie nur scheinbar die militärische Kraft Deutschlands gestärkt. In Wirklichkeit liegt es anders. Sie hat dadurch zugleich alle Dämme niedergerissen, die im Auslande dem Krieg und der äußeren und inneren Beteiligung der Volksmassen an diesem Krieg entgegenstanden. Bei einer anderen Haltung unserer Fraktion

hätte der Krieg insbesondere weder in Frankreich noch in Russland, noch in England so populär werden können, wie er geworden ist.»

Erzählerin: August, September, Oktober, November 1914 ... Vier Monate Krieg und der Kaiser braucht aufs neue fünf Milliarden Mark und dafür die Zustimmung des Parlaments. Termin der Zweiten Kriegskreditsitzung des Reichstages ist der 2. Dezember 1914.

Erzähler: Die Tageszeitungen titeln: «Siegewille und Zuversicht», «Belgrad gefallen», «19.000 Serben gefangen», «Glänzende Waffentat unserer Ost-Truppen», «In 3 Wochen über 80.000 Russen gefangen», «Angriff auf Arras», «Bombardement von Reims», «Erfolg deutscher U-Boote und Kanonen: 10 englische Kriegs- und 54 Handelsschiffe vernichtet», «Neue Schlacht an der Yser».

Erzählerin: Mit Kriegsausbruch war das Recht auf freie Meinungsäußerung aufgehoben worden. Seit Oktober 1914 gab es ein zentrales Zensurbüro. Alle Presseerzeugnisse unterlagen der Zensur, die sich zunächst auf unerwünschte militärische Informationen konzentrierte, bald aber auch Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung und über Konflikte innerhalb der politischen Bereiche erfasste.

Erzähler: Ein Beispiel: So wurde das Erscheinen des *Vorwärts* für drei Tage vom Oberbefehlshaber Generaloberst Gustav von Kessel verboten. In der Ausgabe des *Vorwärts* vom 1. Oktober 1914 muss dieser Vorgang bekannt gemacht werden: «Der Rechtsanwalt Hugo Haase, Mitglied des Reichstages, hat zusammen mit dem Geschäftsführer des *Vorwärts*, Richard Fischer, Mitglied des Reichstages, am 28. diesen Monats um Aufhebung meines Verbotes vom 27. diesen Monats gebeten. Auf die von mir gestellte Bedingung, dass in Zukunft in Rücksicht auf die mit Kriegsausbruch hervorgetretene Einmütigkeit des Deutschen Volkes das Thema: «Klassenhass und Klassenkampf» im *Vorwärts* nicht mehr berührt werden dürfte, hat Herr Haase durch Schreiben

vom heutigen Tage erklärt, dass die Redaktion des *Vorwärts* im Einverständnis mit den Aufsichtsinstanzen den Entschluss bekundet hat, für die Dauer des Kriegszustandes die Zeitung unter jener von mir geforderten Bedingung zu redigieren und die zur Durchführung derselben notwendigen Maßnahmen innerhalb der Redaktion zu treffen. Unter diesen Umständen erkläre ich mich bereit, mein Verbot des *Vorwärts* vom 27. diesen Monats aufzuheben, ersuche aber, dieses Schreiben an der Spitze der nächsten Nummer der Zeitung zu veröffentlichen. Der Oberbefehlshaber v. Kessel, Generaloberst.

Erzähler: Am 12. November 1914 schreibt Liebknecht an den Fraktionsvorstand die bevorstehende Sitzung vom 2. Dezember betreffend: «Wir müssen auf eine gründliche Beratung dringen, die uns die Möglichkeit gibt, unsere Auffassung zur politischen Lage nach allen wesentlichen Richtungen hin öffentlich darzulegen. Wir haben hier die Möglichkeit, alles das zu sagen, was uns in Presse und Versammlungen die Militärdiktatur verbietet. ... Ich wiederhole die Forderung nach einer parteioffiziellen öffentlichen und scharfen Stellungnahme gegen die Annexionspolitik. Der Moment gebietet es. Die deutsche Sozialdemokratie *darf* hier nicht schweigen.»

Erzählerin: Am 29. November 1914 trat die Fraktion der Sozialdemokraten zu einer zweitägigen Sitzung zur Vorbereitung der Reichstagssitzung am 2. Dezember zusammen. Die Vertreter der Kreditverweigerer trugen vor, die Kriegereignisse seit dem 4. August hätten die Richtigkeit ihres Standpunktes doppelt bestätigt und forderten eine Umkehr.

Erzähler: Aus dem Manuskript «Klassenkampf gegen den Krieg – Material zum «Fall Liebknecht», 1915:

Erzählerin: Die Sitzung beginnt mit einem Eklat. Der Fraktionsvorsitzende Haase nennt die Kreditbewilligung vom 4. August eine «Zertrümmerung der Parteigrundsätze». Es bricht ein Tumult aus. Die Bewilliger werfen ihm und

den Kreditgegnern vor, zu dieser Zertrümmerung selbst beigetragen zu haben, indem Haase die zustimmende Fraktionserklärung verlesen und die übrigen sich der Mehrheit unterworfen hätten. Auf erregte Zurufe, dass die Fraktion Haase zur Abgabe der Erklärung genötigt habe, wird erwidert: Haase hätte sich durch nichts zwingen lassen dürfen; in einem solchen Falle gebe es keinen Zwang! Worauf Liebknecht einwirft, dass die Konsequenz dieser Bemerkung zur öffentlichen Abgabe eines Minderheitenvotums im Plenum am 2. Dezember führe, und beantragt, die Fraktion möge folgende Erklärung abgeben.

Liebknecht: Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, und zwar besonders auch auf deutscher Seite mit dem Ziel von Eroberungen großen Stils. ... Dieser Krieg ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen Volkes entbrannt. Er ist kein deutscher Verteidigungskrieg und kein deutscher Freiheitskrieg. ... Die Art der Kriegsführung fordert unseren leidenschaftlichen Widerspruch heraus. ... Die Proklamation des Grundsatzes «Not kennt kein Gebot» entzieht allem Völkerrecht den Boden. ... Wir erheben die Forderung eines schleunigen, für keinen Teil demütigenden Friedens. ... Indem wir Protest erheben gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure ... lehnen wir die geforderten Kredite ab.

Erzählerin: Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt – gegen 17 Nein-Stimmen, das waren nur drei mehr als am 4. August – und beschlossen, die neuen Kredite wieder zu bewilligen. Daraufhin wurde beantragt, der Minderheit der Kreditgegner ausdrücklich zu gestatten, ihre abweichende Auffassung öffentlich im Plenum zu vertreten und zu begründen. Auch dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt – gegen sieben Stimmen.

Erzähler: Die offizielle Erklärung der Fraktion wurde am 1. Dezember den bürgerlichen Parteien und der Regierung übermittelt, danach kritische Sätze zur Annexionspolitik und zum Belagerungszustand gestrichen. Wieder wei-

gerte sich Haase, die zensierte Erklärung im Plenum zu verlesen. Wieder ließ er sich umstimmen.

Erzählerin: Wieder, wieder, wieder ... die Sitzung am 2. Dezember ist eine schablonenhafte Wiederholung der Sitzung vom 4. August.

Erzähler: Das überfüllte Haus, die Uniformen, die Bravos, der Beifall ... die Präsidentenrede, die Reichskanzlerrede, die Erklärung des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion, die Zusammenfassung aller Vorlagen, erste, zweite, dritte Beratung ineinander übergehend ...

Parlamentspräsident: Wir treten sofort in die dritte Beratung ein. Ich eröffne die Generaldiskussion – Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Generaldiskussion.

Erzählerin: Nur zwei Momente sind anders in dieser Reichstagssitzung: In den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion gibt es einen leeren Platz mit einem Lorbeerkranz. Der Präsident erklärt:

Parlamentspräsident: Am 3. September 1914 fiel unser Kollege Dr. Frank (Mannheim), der beim Ausbruch des Krieges als Kriegsfreiwilliger eingetreten war, von einer Kugel in den Kopf getroffen und starb so in dem ersten Gefecht, das er durchzumachen hatte, den Heldentod für das Vaterland. Statt seiner markigen Gestalt sehen wir auf seinem Platz einen Lorbeerkranz, den der Reichstag seinem Kollegen gewidmet hat. Ich habe der sozialdemokratischen Fraktion das Beileid des Reichstages ausgedrückt.

Protokoll: Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.

Parlamentspräsident: Namens des Reichskanzlers ist bei mir folgendes Schreiben eingegangen: «Im Kampfe um Deutschlands Verteidigung ist als erstes Mitglied des Reichstages der Abgeordnete Dr. Ludwig Frank auf dem Felde der Ehre gefallen. Er hat damit die Gesinnung, die er durch seinen Eintritt als Kriegsfreiwilliger bekundet hat, mit seinem Tode besiegelt.»

Erzählerin: Der zweite Moment, der ganz anders ist als in der Sitzung vom 4. August ereignet sich bei der Abstimmung.

Parlamentspräsident: Wir kommen nunmehr zur Gesamtabstimmung. Ich bitte die Herren, die in der Gesamtabstimmung in dritter Lesung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

Protokoll: Geschichte. – Rufe: Einstimmig! – Zurufe: Gegen eine Stimme!

Parlamentspräsident: Es ist, soweit ich sehen kann, einstimmig – mit Ausnahme eines einzigen Abgeordneten.

Erzählerin: Der einzige Abgeordnete ist Liebknecht. Er hat dem Reichstagspräsidenten gemäß § 59 der Geschäftsordnung die schriftliche Begründung seiner ablehnenden Abstimmung überreicht.

Liebknecht: Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrennens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole «Gegen den Zarismus» diente – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole «Gegen den Militarismus» – dem Zweck, die edelsten Instinkte,

die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhass zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muss deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, dass der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei Weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die

herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Erzähler: Der Präsident des Reichstages lehnt die Aufnahme dieser ablehnenden Abstimmung in den stenografischen Bericht ab. Begründung:

Parlamentspräsident: Der Text enthält Äußerungen, die, wenn sie im Hause gemacht wären, Ordnungsrufe nach sich gezogen haben würden.

Erzähler: Will heißen, der Abgeordnete hätte die Rede so gar nicht halten können, er wäre zum Schweigen gebracht, des Hauses verwiesen worden.

Erzählerin: Nachspiel: Sofort am 3. Dezember lässt der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im *Vorwärts* erklären: «dass der Genosse Karl Liebknecht entgegen dem alten Brauch der Fraktion, der durch ausdrücklichen Beschluss für den vorliegenden Fall erneuert wurde, gegen die Kriegskreditvorlage gestimmt hat. Der Vorstand bedauert diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen wird, aufs Tiefste.»

Erzählerin: Am gleichen Tag verteidigt Liebknecht sein Verhalten in einem Schreiben an den Vorstand der Fraktion so:

Liebknecht: Bei der gestrigen Abstimmung im Reichstage befand ich mich in einer Zwangslage. Die Ablehnung der Vorlage war nach meiner Überzeugung geboten durch das Parteiprogramm und die Beschlüsse internationaler Kongresse. Ich bin verpflichtet, im Sinne des Parteiprogramms und dieser Beschlüsse zu wirken. Ein Fernbleiben von der Sitzung und Abstimmung erschien mir unmöglich bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Vorla-

ge. ... Ich habe mich bemüht, von der Fraktion die Erlaubnis zu einer abweichenden Abstimmung zu erwirken. Die Fraktion hat sie versagt, obwohl der jetzige Fall sowohl seiner Bedeutung wie seinen inneren Schwierigkeiten nach ein ganz einziger war.

In diesem Gewissenskonflikt musste ich die Pflicht der Fraktionsdisziplin, so hoch ich sie schätze, der Pflicht zur Vertretung des Parteiprogramms unterordnen. Ich hoffe, dafür bei den Genossen in und außerhalb der Fraktion Verständnis zu finden.

Erzählerin: August bis Dezember 1914. Vier Monate Krieg. Vier Monate tausendfacher Tod. Das Parlament tagt nur zweimal. Einmal für zwei Stunden, das zweite Mal für anderthalb Stunden. Dabei werden zehn Milliarden Mark für den Krieg bewilligt.

Erzähler: Karl Kraus wird später in seinem Drama «Die letzten Tage der Menschheit» schreiben: «Die grellsten Erfindungen sind Zitate.»

Die Lesung wurde am 28. August 2014 im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestags in Berlin uraufgeführt. Es lasen Jakob Augstein, Michel Friedman, Peter Gauweiler, Gregor Gysi, Christoph Hein, Luc Jochimsen, Oskar Lafontaine, Ingo Schulze, Franz Sodann, Sahra Wagenknecht, Florian Weis, Roger Willemsen und Willy Wimmer. Die Regie hatte Franz Sodann. Ein Videomitschnitt der Lesung findet sich unter: www.youtube.com/watch?v=1Dyqwcitx90

Jörn Wegner

DIE ANTIKRIEGSPROTESTE DER DEUTSCHEN ARBEITER AM VORABEND DES ERSTEN WELTKRIEGES

«Augusterlebnis» und der «Geist von 1914» sind Begriffe, die das Geschichtsbild vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis in die Gegenwart prägen: Massenhaft habe patriotische Begeisterung die Bevölkerung erfasst, vor allem in Deutschland. Soziale und ökonomische Grenzen hätten keine Rolle mehr gespielt, politische Ideologien seien bedeutungslos geworden, wenn es um das «Vaterland» ging. Die wenigen erhaltenen Filmaufnahmen der Zeit scheinen dieses Bild zu bestätigen: Jubelnde Menschenmengen auf den Bahnhöfen des Reiches verabschieden sich siegessicher zeigende Soldaten, und ganze Bataillone marschieren blumengeschmückt aus den Städten hinaus. Statt Angst und Verzweiflung schien Freude, Abenteuerlust und der Optimismus vorzuherrschen, nach einem siegreichen Feldzug bis Weihnachten wieder zu Hause zu sein. Neben einigen anderen hat im Jahre 2000 besonders umfassend Jeffrey Verhey dieses Bild korrigiert. Der US-amerikanische Historiker schrieb von der «Erfindung der Volksgemeinschaft» und untersuchte die vermeintliche Kriegsbegeisterung im August 1914 auch im Hinblick auf Klassenzugehörigkeiten und ihre jeweiligen kulturellen Wirkmächtigkeiten. Verhey ging dabei am Anfang seiner Studie auf ein Problem ein, das bei der Beschäftigung mit dem Ausbruch des Krieges auftritt: die Quellenlage und deren Entstehungsgeschichte. Bei den Dokumenten, die das Bild der Juli- und Augusttage von 1914 bis heute bestimmen, handelt es sich vorwiegend um Memoiren, deren Verfasser selbst von der nationalistisch-chauvinistischen Inszenierung der letzten Tage vor Ausbruch des Krieges geprägt waren. Zudem fehlen persönliche Auf-

zeichnungen – Briefe, Tagebücher, Notizen¹ – aus der Arbeiterschaft, einem weitgehend schriftlosen Milieu. Entsprechend schwierig ist es, eine Antwort auf die Frage nach den tatsächlichen Haltungen der Arbeiter zum Weltkrieg in den letzten Tagen vor dem 4. August 1914 zu finden, dem Tag der folgenreichen Entscheidung der SPD-Fraktion im Reichstag, den Kriegskurs der Reichsregierung zu unterstützen.

Dass in Teilen Europas ein Krieg drohte und die Phase der relativen Sicherheit ein Ende hatte, war seit dem 25. Juli 1914 überdeutlich geworden. Diesen Eindruck erwecken zumindest Artikel in den zeitgenössischen sozialdemokratischen Zeitungen. In den Straßen der Städte versammelten sich Menschenmengen, die den Verkäufern die Extrablätter der Zeitungen aus den Händen rissen, um das Neueste von den Entwicklungen in der Julikrise zu erfahren. Am Abend des 25. Juli waren es, wie der *Vorwärts* berichtete, Tausende, die in Berlin auf Nachrichten warteten und lebhafte Diskussionen führten: ««Wenns losgeht in meiner Familie müssen 7 mit, und ich habe 4 kleine Kinder.» Eine dumpfe Erbitterung, wie sie aus diesen Worten klang, durchzitterte am gestrigen Abend viele Tausende»,² beschrieb das SPD-Zentralorgan einen Passanten zitierend die Stimmung vieler Menschen in Berlin, gut eine Woche vor der Kriegserklärung Deutschlands.

Noch am selben Abend fanden sich aber schon Gruppen zusammen, die mit chauvinistischen, nationalistischen und antisozialistischen Parolen durch die Straßen marschierten. Der *Vorwärts* berichtete aus Berlin von zehn Studenten, die zum Reichskanzlerpa-

lais in der Wilhelmstraße gezogen waren und «Nieder mit den Sozis» skandiert hatten.³ In diesen Tagen kam es vielerorts zu Übergriffen auf Kriegsgegner bzw. auf diejenigen, die dafür gehalten wurden. Besonders ausgeprägt war die nationalistische Stimmung in den Universitätsstädten.⁴ Sozialdemokratische Zeitungen beschrieben die chauvinistische Meute immer wieder als Studenten und Kleinbürger.

Die aufgeheizte Stimmung dokumentiert ein Zwischenfall in München: Im «Café Fahrig», einem der größeren Kaffeehäuser der Stadt, verbot der Inhaber nach einer Schlägerei zwischen Serben und Deutschen seinen Gästen, weiterhin Lieder mit nationalistischen Inhalten zu singen, damit sein Lokal nicht weiteren Schaden nehmen würde. Kriegsbefürworter und Nationalisten interpretierten das Verbot allerdings dahingehend, dass der Wirt selbst Serbe sei. Das reichte aus, dass dieser selbst Opfer der Schläger wurde.⁵ Wer sich solchen Gewaltausbrüchen entziehen wollte, blieb zu Hause, war dort allerdings auch von den neuesten Informationen abgeschnitten. Um nationalistischen Exzessen zu entgehen, blieb daher vielen nichts anderes übrig, keinen Verdacht aufkommen zu lassen, sie würden auch nur leiseste Sympathien für Serbien, Russland und zunehmend auch Großbritannien oder Frankreich hegen.

Antikriegsproteste am Vorabend des Weltkriegs

Die Sozialdemokratie versuchte, solchen Erscheinungen mit Protesten gegen den drohenden Krieg entgegenzutreten. Am und um den 28. Juli herum organisierten die meisten sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Europas Demonstrationen und Versammlungen. Sie waren die Konsequenz aus dem Beschluss des Baseler Kongresses der Internationale, im Fall eines drohenden Krieges «alles aufzubieten», um den Krieg zu verhindern. In Deutschland waren für den 28. Juli 1914

reichsweit Versammlungen angekündigt, für die in Extraausgaben der sozialdemokratischen Zeitungen, auf öffentlichen Plakaten, in Gewerkschaftsorganen oder mit Flugblättern geworben wurde. Allein in Berlin waren für den Aktionstag 27 Kundgebungen geplant. Die Aktivitäten der SPD riefen sofort die politische Rechte auf den Plan, die nach Verboten der Veranstaltungen verlangte – oft erfolgreich.⁶ Auch die Gewerkschaften, die Tage später die ersten sein sollten, die in das Burgfriedensbündnis einstiegen, beteiligten sich an den Manifestationen für den Frieden. Auf dem Leipziger Gewerkschaftsfest Ende Juli versammelten sich nach Angaben der Veranstalter 37.000 Menschen, um gegen den Krieg zu protestieren. Sie sangen den Sozialistenmarsch und bekundeten die weitverbreitete Sorge, dass im Kriegsfall Armut und Arbeitslosigkeit noch steigen werden.⁷ Der Holzarbeiterverband, der gerade einen Arbeitskampf auszufechten hatte, verschob kurzfristig seine für den 28. Juli angesetzte Streikversammlung, um den Arbeitern die Teilnahme an den Friedenskundgebungen zu ermöglichen.⁸

Ebenso kurzfristig und entschlossen reagierte die Staatsmacht in vielen Städten, vor allem in Berlin. Dort verbot Polizeipräsident Traugott von Jagow kurzerhand sämtliche angekündigten und spontanen Demonstrationen. Er untersagte nicht nur die sozialdemokratischen Veranstaltungen, sondern auch die chauvinistischen Märsche in der Innenstadt. Zuvor allerdings war die preußische Polizei in der Hauptstadt vor allem dadurch aufgefallen, dass sie den kriegsbegeisterten Mob hatte gewähren lassen. Trotz der Verbote herrschte am 28. Juli in Berlin keine Ruhe. Im Gegenteil sorgten die vielen Proteste gegen den Krieg, die sich ihren Weg durch die Stadt bahnten, für einen Ausnahmezustand.

Bereits ab acht Uhr morgens besetzte die Polizei die Innenstadt und riegelte sie weiträumig ab. Sie ging davon aus, dass die Arbeiter aus den Vororten und den mit Ausnahme

des Westens ringförmig um die Innenstadt angeordneten Arbeitervierteln sternförmig in Richtung Brandenburger Tor, Wilhelmstraße und Unter den Linden strömen würden. Demonstrierende Arbeiter trafen am 28. Juli auf

Arbeiter aus Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Neukölln, Kreuzberg und Wedding aufhielten, sondern Studenten und Kleinbürger aus den Villenvierteln des Westens und den Neubausiedlungen in den Randbezirken.

Die Polizei verzeichnete am 28. Juli Demonstrationen im gesamten Berliner Stadtgebiet - von jeweils einigen Hundert bis über 1.000 Teilnehmern - und hatte große Mühe, der unübersichtlichen Lage Herr zu werden.

das vom grassierenden Chauvinismus aufgestachelte Kleinbürgertum. Aufgehetzte Nationalisten und Kriegsbefürworter griffen die Arbeiter an, sodass die Polizei an vielen Orten in der Stadt beide Seiten voneinander trennen musste.⁹ Ein Polizeibericht beschreibt, dass es den Arbeitern immer wieder gelang, in die Innenstadt vorzudringen, wo sie sich unter Spaziergänger mischten und ständig neue spontane Demonstrationen bildeten. Demonstranten waren vorrangig diejenigen, die keinen Einlass mehr in die Säle der zahlreichen sozialdemokratischen Protestversammlungen gefunden hatten. Die «Internationale» und andere Arbeiterlieder erklangen auf der Prachtstraße Unter den Linden, immer wieder beantwortet durch nationalistische Gesänge von Gegendemonstranten.¹⁰ Die «Wacht am Rhein», die Preußenhymne «Heil Dir im Siegerkranz» und auch «Deutschland, über alles»¹¹ stießen auf den gesungenen Internationalismus der Arbeiter, wobei die preußische Polizei sichtbar befriedigt feststellte, dass die kriegsbegeisterten Töne lauter waren als jene der Arbeiter.¹² Obwohl jegliche Demonstrationen formal verboten waren, gewährten Polizeipräsident Jagow und die preußische Polizei der Minderheit der Chauvinisten einen öffentlichen Raum, der keineswegs ihrer tatsächlichen Bedeutung entsprach. Auf diese Weise sorgten die staatlichen Repressionsorgane dafür, dass sich vor den Objektiven der Fotografen und Kameralente nicht die wütenden

Die Polizei verzeichnete am 28. Juli Demonstrationen im gesamten Berliner Stadtgebiet – von jeweils einigen Hundert bis über 1.000 Teilnehmern – und hatte große Mühe, der unübersichtlichen Lage Herr zu werden. An vielen Orten fehlte ihr das Personal, um die Demonstrationen zu unterbinden oder gar aufzulösen.¹³ Die starke Polizeirepression widersprach – wie schon zuvor das Demonstrationsverbot – den Zusagen aus dem preußischen Innenministerium, war doch bei einem Treffen zwischen Hugo Haase und Otto Braun seitens der SPD sowie Regierungsvertretern am 26. Juli versprochen worden, die sozialdemokratischen Proteste nicht zu behindern.¹⁴ Dies sollte ein Zeichen einer sich anbahnenden Kooperation sein, schließlich hatte die SPD beteuert, ihre Demonstrationen und Versammlungen im Rahmen zu halten. Das allgemeine Chaos am 28. Juli auf den Straßen Berlins war auch darauf zurückzuführen, dass die Säle der Protestversammlungen oft überfüllt waren und dass es vorher und nachher bei vielen Menschen ein großes Bedürfnis gab, ihre Gegnerschaft zum Krieg nach draußen zu tragen. Straßendemonstrationen waren für die damalige Protestkultur ungewöhnlich und passten kaum in das Konzept der disziplinierten «Arbeiterheere» der SPD, die auf Konfrontationen mit der Polizei verzichteten. Die sozialdemokratischen Vorstellungen von Demonstrationen waren Teil des in den SPD-Medien allgegenwärtigen Dis-

kurses, der klassenübergreifend Unordnung, Zügellosigkeit und Chaos verurteilte.¹⁵ Demgegenüber galt es als Zeichen der sittlich-moralischen Überlegenheit des Proletariats, Ordnung und Disziplin zu wahren. Bei den vielen spontanen Friedensdemonstrationen im Juli und August 1914 kündigten die Demonstranten «ihrer» Partei dieses Konzept einfach auf. Für den 28. Juli 1914 gab die Polizei hinsichtlich der Saalveranstaltungen in Groß-Berlin, zu dem auch viele Städte und Gemeinden des Umlandes gehörten, eine offizielle Zahl von

ten» mit Menschen überfüllt, zusätzlich wurde der Garten geöffnet.

Ähnlich berichtete der *Vorwärts* aus Treptow von über 1.000 Menschen in einem überfüllten Saal, aus Köpenick von 6.000 im überfüllten Stadttheater oder aus Spandau, wo sich 2.000 Menschen versammelten. In Oberschöneweide hätten die 4.000 Menschen im Saal nur den kleineren Teil derjenigen ausgemacht, die eigentlich an der Versammlung teilnehmen wollten und entsprechend vor der Tür warteten. Selbst im dörflichen Eichwalde-Schmöckwitz, fernab der Arbeiterviertel, fanden sich noch 500 Personen zu einer Versammlung ein.¹⁷ Wenn man diesen Zahlen auch nur vorsichtigen Glauben schenkt, so dürften

Aber nicht allein Berlin versetzte die Bewegung der Arbeiter gegen den Krieg in einen regelrechten Ausnahmezustand. Auch in anderen Städten des Reiches gab es große Demonstrationen.

27.400 Teilnehmern an.¹⁶ Diese Zahl war für die damaligen baulich begrenzten Möglichkeiten vergleichsweise hoch, folgt man aber den Zahlen, die etwa der *Vorwärts* veröffentlichte, so dürften es noch einige mehr gewesen sein. Im Volkshaus in Charlottenburg kamen nach diesen Angaben 5.000 Menschen zusammen, nach Ende der Versammlung waren sogar 10.000 Personen vor Ort, welche versuchten, eine Straßendemonstration durchzuführen. Dies wurde allerdings von der Polizei unterbunden, die mit großer Brutalität und dem Einsatz von Säbeln gegen die Protestierenden vorging. Nach einer Versammlung in Neukölln sollen es Zehntausende gewesen sein, die einen Demonstrationzug formierten. In Steglitz fanden sich 4.000 Menschen zu einer Versammlung und anschließenden Demonstration ein, unter ihnen Angehörige des Bürgertums. Auch hier ging die Polizei mit großer Gewalt vor, blockierte die Straßen und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. In Pankow, vom SPD-Zentralorgan als «bürgerlich durchgesetzter Vorort» beschrieben, war das recht große Lokal «Zum Kurfürs-

sich allein in den Sälen im Umkreis der Berliner Innenstadt mehr als 50.000 Menschen versammelt haben. Gemeinsam mit der deutlich größeren Menge, die sich an den zahlreichen spontanen Versammlungen und Demonstrationen auf der Straße beteiligte, lässt sich eine sechsstellige Teilnehmerzahl allein für Demonstrationen und Versammlungen in Berlin und Umgebung abschätzen, die kaum den Eindruck einer übergroßen Kriegsbegeisterung bestätigt.

Unweigerlich stellt sich die Frage, was es wohl für die Inszenierung des «Augusterlebnisses» und für das Geschichtsbild des August 1914 bedeutet hätte, wären die Veranstaltungen und Demonstrationen in der Berliner Innenstadt nicht verboten worden. Nicht unwahrscheinlich, dass noch einmal einige zehntausend, vielleicht hunderttausend Menschen mehr mobilisiert worden wären. So blieb der legale Protest auf die damals noch eigenständigen Orte um Berlin herum beschränkt, während die spontanen Demonstrationen in der Berliner Innenstadt nur aufgrund der Überforderung der Polizei hingenommen wurden.

Aber nicht allein Berlin versetzte die Bewegung der Arbeiter gegen den Krieg in einen regelrechten Ausnahmezustand. Auch in anderen Städten des Reiches gab es große Demonstrationen. «Auf dem Altmarkte gröhnte nachts wieder eine Kolonne unreifer Burschen», vermeldete zum Beispiel der *Vorwärts* von den Ereignissen am 28. Juli aus Dresden.¹⁸ Die damit gemeinten kriegsbegeisterten Kleinbürger, über die in dieser Zeit in den sozialdemokratischen Medien regelmäßig Häme und Spott ausgegossen wurden, waren die Nachhut eines großen Protesttages in der sächsischen Großstadt. Zehn Versammlungen hatte die SPD in Dresden gegen den Krieg organisiert, zu denen insgesamt 35.000 Menschen geströmt waren, so das Zentralorgan. Die Meldungen von überfüllten Sälen und vom teilweise eingestellten Straßenbahnverkehr deuten darauf hin, dass sich in den Straßen, ähnlich wie in Berlin, sehr viel mehr Menschen aufhielten und die Stadt in eine Ausnahmesituation brachten.¹⁹ Im nahen Leipzig musste sich die Arbeiterbewegung im Vorfeld der Proteste ebenfalls mit Versammlungsverboten auseinandersetzen. Der Stadtrat untersagte kurzfristig die geplanten Friedenskundgebungen des 28. Juli, was zur Folge hatte, dass diese auf den 29. verlegt wurden. Die *Leipziger Volkszeitung* schätzte die Gesamtzahl der Teilnehmer auf mindestens 50.000 und beschrieb wieder das schon aus anderen Orten bekannte Bild der überfüllten Säle, riesigen Massen und der daraus folgenden Verkehrsstörungen. Nach sozialdemokratischen Zahlenangaben waren also ähnlich wie in Dresden etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung auf der Straße. In Leipzig fand zwar auch eine Gegenkundgebung von Kriegsbefürwortern statt, die aber laut *Leipziger Volkszeitung* auf gerade 60 Teilnehmer kam.²⁰ Sachsen meldete darüber hinaus aus Zwickau, Reichenbach, Plauen und Meißen zahlreiche überfüllte Versammlungen.²¹ Aus Köln wurde berichtet, dass die Stadt noch nie eine so große Kundgebung erlebt

habe. Spontan mussten Parallelversammlungen organisiert werden, da laut *Vorwärts*-Bericht der Andrang deutlich größer als die geplanten Räumlichkeiten gewesen sei. Trotz Repressionen der Polizei und zahlreicher Verhaftungen im Vorfeld, wollten nach der offiziellen Versammlung etwa 10.000 Menschen unangemeldet durch Köln ziehen. Die Polizei versuchte dies zu verhindern, schützte aber gleichzeitig eine kleinere Demonstration von kriegsbegeisterten «Hurraschreibern», wie sie der *Vorwärts* bezeichnete, die aber nach dessen Angabe gerade 1.000 Personen umfasste.²² Solche Ungleichbehandlungen waren also nicht nur in Berlin Teil der Strategie, um den Eindruck einer großen kriegsbegeisterten Masse zu erwecken.²³ Zudem wurde von Versammlungen in Bielefeld und Minden mit 7.000 bzw. 500 und in Barmen mit 6.000 Teilnehmern berichtet. Dort griff die Polizei nach der Versammlung die nach Elberfeld heimkehrenden Arbeiter unvermittelt an und setzte brutale Gewalt ein.²⁴

Weitere Zentren der Proteste waren Hamburg und Altona. Dort fanden insgesamt 19 Versammlungen statt, die ebenfalls alle überfüllt waren. Ein Zwischenfall wurde aus «Sagebiels Fährhaus» vermeldet, das über 1.000 Plätze allein im Garten bot. Dort störten «nationalistische Handlungsgehilfen» die Versammlung.²⁵ Die Umgebung Hamburgs sowie die norddeutschen Industrie- und vor allem Werftstädte sahen noch eine Reihe weiterer großer Veranstaltungen. In Bremen fanden sieben Versammlungen mit insgesamt 10.000 Teilnehmern statt. Auf Teilnehmer einer Demonstration in die Innenstadt im Anschluss an die Versammlung prügelte die Polizei mit harter Gewalt ein, ließ aber gleichzeitig eine nationalistische Demonstration gewähren. Der damals junge linke Sozialdemokrat Wilhelm Eildermann erinnerte sich an überfüllte Versammlungen, an denen sowohl Arbeiter als auch Angehörige des Kleinbürgertums in «größter Erregung» gegen die Kriegsgefahr

protestierten und den Referenten ständig durch Zustimmungsrufe unterbrochen.²⁶ Der Werftarbeiter Sepp Miller war auf einer Saalveranstaltung in Bremen, auf der zum Bürgerkrieg aufgerufen wurde, sollte ein Krieg ausbrechen.²⁷ In Bremerhaven fanden sich 3.500 Personen auf einer Versammlung ein, wohlgermerkt in einer Stadt, die 1914 gerade einmal um 20.000 Einwohner zählte. Zudem wurde berichtet, dass Tausende umkehren mussten, da die Polizei die Zugänge zum Versammlungslokal abgeriegelt hatte. In Lübeck waren es immerhin noch 3.000 Teilnehmer, die zu einer Versammlung strömten. Weitere größere Menschenmengen fanden sich mit 8.000 in einem überfüllten Saal in Braunschweig und in Jena im «Volkshaus» mit 2.500 Menschen ein. In Nürnberg versammelten sich 2.000 Menschen im größten Saal der Stadt, zudem musste wegen des Andrangs eine Parallelveranstaltung organisiert werden. In Rüstringen, heute ein Teil von Wilhelmshaven, zählte man 3.000 Teilnehmer.²⁸ In Düsseldorf wurden zwölf allesamt überfüllte Versammlungen mit 15.000 bis 20.000 Menschen veranstaltet, und in Mannheim fanden sich mehr als 10.000 Menschen ein.²⁹ In Königsberg kamen trotz Verbotes 5.000 Menschen zusammen, Halle meldete drei Versammlungen mit 6.000 Teilnehmern, in Brandenburg an der Havel waren es 4.000, in München 5.000, in Görlitz 2.000 und in Kiel 6.000. Die Versammlungslokale sollen allerorts überfüllt gewesen sein. Darüber hinaus gab es Protestveranstaltungen in vielen anderen Städten, für die keine Zahlen vorliegen.³⁰ Bereits am 26. Juli kamen in Chemnitz 7.000 Menschen zu einer Versammlung auf dem Sportplatz Scheibe, und am selben Wochenende verabschiedete die SPD in

Württemberg auf Antrag von Clara Zetkin eine eindeutige Resolution gegen den Krieg.³¹ Am 28. und 29. Juli 1914 fanden praktisch in jedem größeren Ort im gesamten Reich meist sehr gut besuchte Protestversammlungen statt. Als sicher und durch überlieferte Angaben zu den Teilnehmerzahlen einzelner Versammlungen nachgewiesen gelten Zahlen, wonach reichsweit mindestens eine Dreiviertelmillion Menschen beteiligt gewesen waren.³² Überschlägt man die möglichen Zahlen für die Orte, zu denen keine Angaben vorliegen, dürfte eine Gesamtteilnehmerzahl jenseits einer Million realistisch sein. In Großbritannien sprach man gar von drei Millionen in ganz Deutschland.³³ Dort, wo die Protestierenden die Tradition der sozialdemokratischen Saalveranstaltungen ablegten und meist spontan auf die Straße gingen, sorgte dies für großes Chaos. Viele Städte, allen voran Berlin, befanden sich sogar in einem regelrechten Belagerungszustand und zeigten damit eindrucksvoll auf, welche Angst die Polizei vor den Demonstrationen der Arbeiter hatte. Wohl können aus den Zahlen der Protestversammlungen und Demonstrationen keine endgültigen Urteile über massenhafte Einstellungen zum Krieg gefällt werden, jedoch lassen solche teils gewaltigen Protestbewegungen kaum den Schluss einer allgemeinen und alles übergreifenden Kriegsbegeisterung zu. Vielmehr geben sie einen Hinweis auf starke Auseinandersetzungen zwischen den Lagern der Kriegsgegner und Kriegsbefürworter. Vor allem aber zeigen sie, dass es auch Ende Juli 1914 in Deutschland eine relevante Zahl von Menschen gab, die mit großem Engagement gegen den drohenden Krieg protestierte, in dem sie keinerlei persönlichen Nutzen, sondern vielmehr Gefahr und Leid sah.

Als sicher und durch überlieferte Angaben zu den Teilnehmerzahlen einzelner Versammlungen nachgewiesen gelten Zahlen, wonach reichsweit mindestens eine Dreiviertelmillion Menschen beteiligt gewesen waren.

Die Entwaffnung der Proteste

Einen Hinweis auf die letztlich fatale Rolle der SPD-Führung in den Juli- und Augusttagen 1914 gibt ein Vorfall in Berlin vom Abend des 28. Juli. Nachdem sich Hugo Haase und Otto Braun zuvor noch im Innenministerium getroffen und die Beteuerung der Behörden entgegengenommen hatten, nichts gegen die Proteste zu unternehmen, sorgten sie am Abend des großen Protesttages selbst für eine Schwächung der Demonstrationen: Als sich etwa 2.000 Menschen vor dem Redaktionsgebäude des *Vorwärts* versammelten, um gegen die Kriegsgefahr zu protestieren, wurden sie nicht nur von der Polizei auseinandergetrieben, sondern auch von Vertretern des Parteivorstandes aufgefordert, nach Hause zu gehen.³⁴ Am selben Tag – dem Tag internationaler Antikriegsproteste der sozialdemokratischen und Arbeiterparteien Europas – hatte sich bereits Albert Südekum mit dem Reichskanzler getroffen und dort versprochen, «keinerlei wie immer geartete Aktionen» durchführen zu wollen.³⁵

Das in der SPD seit Jahren fest verankerte Bestreben nach öffentlicher Ordnung und disziplinierten Demonstrationen paarte sich nun mit dem Vertrauen in die Regierung und der gewachsenen Überzeugung, mit dieser gemeinsam für die Sache des «Vaterlandes» einzutreten. Vor diesem Hintergrund ist auch der Erklärungsversuch des konservativen Historikers und ehemaligen bayerischen Staatsministers Hans Maier zu sehen, wonach sich die «Ideen von 1914» – jenes bildungsbürgerliche und pathosbeladene Gebilde – auch mit dem Sozialismus decken würden.³⁶ Maiers antisozialistisch konnotierte Fehlinterpretation, wonach Sozialismus gleichbedeutend mit Unterordnung und Gleichmacherei sei, basiert angesichts der Sehnsucht der Sozialdemokratie nach Disziplin, Ordnung und Gemeinschaft – eben jenen Eigenschaften, die Maier mit den «Ideen von 1914» gleichsetz-

te – auf einem gewissen Fundament. Intensiver beschäftigte sich Stefan Berger mit dem Problem der Militarisierung der Arbeiterbewegung: Neben der verbreiteten Verwendung von Rängen (General und Parteisolddaten) war auch die umfangreiche Vereinswelt der SPD von militarisierter Sprache durchdrungen, und sozialdemokratische Kulturvereine taten oftmals nichts anderes, als bürgerliche Hochkultur und damit auch deren gesellschaftliche Werte zu adaptieren.³⁷ Wehrpflicht und eine allgemeine Militarisierung, wie sie kein anderer europäischer Staat erlebte, hinterließen auch bei Sozialdemokraten ihre Spuren. Diese Identifikation mit dem Soldatendasein und der nationalen Solidarität dürfte 1914 ganz massiv zur Entwaffnung der vielfältigen Antikriegsproteste durch die SPD-Spitze und die Reichstagsfraktion geführt haben.

Das Versagen der SPD-Fraktion und der Parteiführung im Sommer 1914 war so vielschichtig, dass dessen Ursachen nicht vollständig erfasst werden können. Eines der Hauptprobleme war, dass die Partei zwar stets einen hohen Anspruch an die wissenschaftliche Fundierung ihrer Politik stellte, gerade in der Frage der Nation aber kaum auf eine entsprechende Grundlage zurückgreifen konnte. Lässt man die damals noch jungen Auseinandersetzungen mit der Thematik in den Schriften von Kautsky, Luxemburg, Bernstein und anderen einmal beiseite und begibt sich zu den Wurzeln, so findet sich etwa im Werk von Karl Marx nur Rudimentäres zur Nationenfrage.³⁸ Generell stand die Außenpolitik nicht im Zentrum sozialdemokratischer Politik und nahm vielmehr eine Randstellung ein. Außenpolitik zu betreiben galt gar als gleichbedeutend mit imperialen Ambitionen. Äußere Angelegenheiten wurden in der SPD lange als autonom angesehen, und es herrschte die Ansicht vor, dass sie durch gänzlich andere Faktoren bestimmt werde als Wirtschafts- oder Sozialpolitik.³⁹ Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufkommen-

de These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Deutung des nationalen Befreiungskampfes als Element progressiver Bewegung machten es der Sozialdemokratie eher schwerer als einfacher, auf die Herausforderungen der Konflikte des Imperialismus zu reagieren. Stattdessen verharrte auch die SPD auf einem Nationsverständnis, wie es 1848 vorherrschte, als die nationale Frage immer auch im Zusammenhang mit der Befreiung vom Feudalstaat gestellt wurde. Dass die Identifikation mit der Nation im frühen 20. Jahrhundert längst eines der wichtigsten Instrumente der Reaktion geworden war, verstand die Sozialdemokratie zwar praktisch anhand der Existenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie oder anderer chauvinistischer Verbände. Sie war aber nicht in der Lage, die Nationsproblematik in der eigenen Programmatik zu lösen. Auch vermochte sie nicht, dem viel propagierten proletarischen Internationalismus mehr praktische Relevanz zu geben, als er sich in gegenseitigen Besuchen oder Auftritten ausländischer Persönlichkeiten auf SPD-Veranstaltungen äußerte.

Vor allem die von der Sozialdemokratie oft mit Verachtung bedachten Anarchisten hatten das Problem des Verhältnisses zwischen politischer Linken und Nation deutlich entschiedener gelöst. Massiver und oft auch militanter Widerstand gegen den Krieg entwickelte sich 1914 und danach vor allem aus diesen Kreisen, die eine Identifikation mit der Nation – in welcher Form auch immer diese definiert war – abgelegt hatten. In den Ländern West- und Südeuropas, in denen der Anarchismus einen viel größeren Einfluss auf die traditionellen Arbeiter- und sozialdemokratischen Parteien ausgeübt hatte, war der Schwenk zur Unterstützung des Krieges – der dort tatsächlich viel überzeugender als Verteidigungskrieg kommuniziert werden konnte, als es in Deutschland der Fall war – mit wesentlich

mehr Diskussionen und innerparteilichem Widerstand verbunden.

Die mangelhafte theoretische Fundierung des Nationen- und Kriegsproblems äußerte sich vor allem im Russland-Diskurs der Sozialdemokratie. Die Nachrichten von der Generalmobilmachung des russischen Militärs am 3. August 1914 markierten den Dambruch in der Reichstagsfraktion der SPD. Heiner Karuscheit hat sich in seiner Studie zum Kriegsausbruch der Haltung Kautskys zugewandt.

Während die Arbeiter in den deutschen Städten protestierten, war die Parteiführung längst dabei, sie zu entwaffnen.

Für den damals führenden Parteitheoretiker war die Generalmobilmachung Anlass zu einer völligen Kehrtwende. Noch Tage zuvor ein glühender Kriegsgegner, begründete Kautsky nun die Unterstützung der deutschen Kriegspolitik mit einem progressiven Element, das er in einem Feldzug gegen das reaktionäre Russland sah, und untermauerte diese Position mit einem Verweis auf Marx' und Engels' Haltung zum deutsch-französischen Krieg von 1870. Karuscheit stellt zu Recht fest, dass es 1914 kein progressives Ziel gab, wie es die Reichseinigung einst gewesen war.⁴⁰

Auf der Seite der Kriegsgegner blieb eine zersplitterte Parteilinke. Wie der übergroße Rest der Partei hatte auch sie die Kriegsgefahr in weiten Teilen unterschätzt. In den Jahren zuvor hatten viele ihrer Vertreter die Eskalationspolitik der deutschen Regierung und des Kaisers oftmals als politische Aufregung abgetan und als Teil der «Kriegspartei» eingeordnet.⁴¹ Dass sich die Appelle der Antikriegsproteste des Juli 1914 bei allem überraschenden Ungehorsam und aller Spontaneität häufiger an die Reichsregierung richteten als an das international vereinte Proletariat, ist ein deutlicher Hinweis auf die fatalen Fehleinschätzungen einer

Sozialdemokratie, die sich in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts mehr und mehr im politischen System des Kaiserreiches eingerichtet hatte. Während dem SPD-Vorstand die kriegstreibende Rolle der deutschen Regierung spätestens ab dem 26. Juli bewusst gewesen sein musste,⁴² schrieb die Parteipresse noch immer davon, dass die Proteste auf die Reichsleitung einwirken würden.⁴³ Während die Arbeiter in den deutschen Städten protestierten, war die Parteiführung längst dabei, sie zu entwaffnen. Die Aufforderung eines Parteifunktionärs an die Arbeiter, die vor dem *Vorwärts*-Redaktionsgebäude protestierten, nach Hause zu gehen, war nur das vielleicht deutlichste Symbol der Schwächung der Antikriegsdemonstrationen.

Ein abschließendes Urteil über die Haltung einer zwar ökonomisch definierten, aber kulturell heterogenen Gruppe wie die der Arbeiter zum Krieg zu fällen, ist kaum möglich. Das verhindert bereits die unbefriedigende Quellensituation. Diese sorgt aber gleichzeitig dafür, dass auch ehemals dominierende Behauptungen, die Arbeiterschaft hätte sich mit Begeisterung in den Krieg gestürzt und «ihre» Partei zum patriotischen Schwenk gedrängt, nicht haltbar sind. Im Gegenteil geben die massiven Proteste am Vorabend des Weltkrieges einen Hinweis auf gänzlich andere Einstellungen. Hinzu kommt, dass die wenigen Quellen, die nicht unter dem Einfluss der herrschenden bürgerlichen Hegemonie entstanden sind, ein Bild zeichnen, das eher von Angst und Sorge vor dem kommenden Krieg zeugt. Die Furcht vor dem Tod, dem Ausfall des Familienernährers oder vor Versorgungsmangel war für die Mehrheit der Bevölkerung sehr viel lebensnäher als die pathetischen Schlachtgemälde bürgerlicher Intellektueller und deren Fantasien vom Weltenbrand. Trotzdem zeigte die Inszenierung des «Augusterlebnisses» von 1914 bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ihre Wirkung. Die beständigste Auswirkung dieser Insze-

nierung des konservativ-nationalen Bürgertums ist, das Versagen der Sozialdemokratie zu rechtfertigen, umzudeuten und dadurch zu legitimieren.

Der Beitrag erschien unter dem Titel «Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung» zuerst im «Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung», II-2014.

1 Vgl. Verhey, Jeffrey: *Der «Geist von 1914» und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000, S. 30. 2 Vorwärts, 26.7.1914. 3 Ebd. 4 Vgl. Chickering, Roger: *Imperial Germany and the Great War 1914–1918*, Cambridge 2004, S. 13. 5 Vgl. Vorwärts, 28.7.1914. 6 Vgl. ebd. 7 Vgl. ebd. 8 Vgl. Mitteilung der Gewerkschaft, in: ebd. 9 Vgl. Vorwärts, 29.7.1914. 10 Vgl. Polizeibericht vom 28. Juli 1914, Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15805, Bl. 176. 11 Zur Bedeutung vgl. z. B. Schieder, Theodor: *Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, Göttingen 1992, S. 84. 12 Vgl. Polizeibericht vom 28. Juli 1914, Bl. 72, 76. 13 Vgl. ebd., Bl. 121, 124. 14 Vgl. z. B. Gutsche, Willibald: *Der gewollte Krieg. Der deutsche Imperialismus und der 1. Weltkrieg*, Köln 1984, S. 115. 15 ^{9a} Lindenberger, Thomas: *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900–1914*, Bonn 1995, S. 398. 16 Vgl. Polizeibericht vom 29. Juli 1914, LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15805, Bl. 164. 17 Alle Angaben nach: Vorwärts, 29.7.1914. 18 Ebd., 30.7.1914. 19 Zahlen nach: Vorwärts, 30.7.1914. 20 Vgl. *Leipziger Volkszeitung (LVZ)*, 28. und 30.7.1914; Vorwärts, 30.7.1914. 21 Vgl. Vorwärts, 31.7.1914. 22 Vgl. Vorwärts, 30.7.1914. 23 Vgl. auch Stargardt, Nicholas: *The German Idea of Militarism. Radical and Socialist Critics 1866–1914*, Cambridge 1994, S. 142. 24 Vgl. ebd. 25 Ebd., gemeint sind Angehörige des kleinbürgerlichen, rassistischen und antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands (DHV). 26 Vgl. *Memoiren Wilhelm Eilderemann, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch)*, SgY 30/0188/2, Bl. 393. 27 Vgl. *Memoiren Josef Miller, SAPMO-BArch*, SgY 30/0640, Bl. 5. 28 Angaben nach: Vorwärts, 30.7.1914. 29 Vgl. LVZ, 31.7.1914. 30 Nach: Vorwärts, 29.7.1914. 31 Vgl. ebd., 27.7.1914. 32 Vgl. Kruse, Wolfgang: *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedenschlusses 1914/15*, Essen 1994, S. 30–32; Callahan, Kevin J.: *The International Socialist Peace Movement at the Eve of World War I Revisited: The Campaign of «War against War!» and the Basle International Socialist Congress in 1912*, in: *Peace and Change*, 29(2004)2, S. 168. 33 Vgl. *Labour Leader*, 6.8.1914. 34 Vgl. Klein, Fritz u.a.: *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Bd. 1: *Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914*, Berlin (Ost) 1970, S. 267. 35 Bieber, Hans-Joachim: *Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920*, T. 1, Hamburg 1981, S. 74. 36 Vgl. Maier, Hans: *Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 38(1990)4, S. 528. 37 Vgl. Berger, Stefan: *British and German Socialists Between Class and National Solidarity*, in: Berger, Stefan/Smith, Angel (Hrsg.): *Labour, Nationalism and Ethnicity, 1870–1939*, Manchester 1999, S. 44 f. 38 Vgl. ebd., S. 40. 39 Vgl. Fletcher, Roger: *Revisionism and Empire. Socialist Imperialism in Germany 1897–1914*, London 1984, S. 34–36. 40 Vgl. Karuscheit, Heiner: *Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg*, Hamburg 2014, S. 239. 41 Das war selbst zeitweilig bei Rosa Luxemburg der Fall, vgl. Haupt, Georges: *Der Kongreß fand nicht statt. Die sozialistische Internationale 1914*, Wien u.a. 1967, S. 165. 42 Vgl. Kruse, Krieg, S. 47 f. 43 Vgl. Vorwärts, 31.7.1914.

Holger Politt

IM WETTLAUF DER GESCHICHTE

ROSA LUXEMBURG UND DER AUSBRUCH DES ERSTEN WELTKRIEGES

Ihre Überzeugung war fest, unerschütterlich – entweder wird der Kapitalismus aus der Welt geschafft, oder die Kriegsgefahr wird bleiben: «Wir Sozialdemokraten wissen sehr wohl, dass der Weltfriede eine Utopie bleibt, solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung nicht abgeschafft ist.»¹ Wie schwierig es sein wird, die kapitalistische Wirtschaftsordnung abzuschaffen, hatte sie allerdings im Verlauf der Revolution 1905/06 im Russischen Reich mehrfach unterstrichen. Zwar war in ihrem Verständnis dieser letzte Ausbruch der europäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts

bereits durch umfassende Hegemonie der proletarischen Aktion gekennzeichnet, eine Besonderheit, die es in den illusionsgeschwängerten Revolutionen

im Westen Europas noch nicht geben konnte, doch musste auch diese, in ihren Aktionen bereits weitgehend proletarisch geprägte Revolution letztlich im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bleiben, weil die Eigentumsfrage noch nicht gestellt werden konnte. Doch das Tor zu weitergehenden Aktionen war ihr durch diese Revolution trotz der Niederlage weit aufgestoßen. Die zunehmende Kriegsgefahr in den Folgejahren in Europa nährte ihre Hoffnung, dass der nächste Revolutionsausbruch in der bürgerlichen Gesellschaft schneller kommen müsse und dann bereits weitergehende Fragen auf die Tagesordnung setzen werde:

«Unsre Aufgabe besteht nicht bloß darin, die Friedensliebe der Sozialdemokratie jederzeit kräftig zu demonstrieren, sondern in erster Linie darin, die Volksmassen über das Wesen

des Militarismus aufzuklären und den prinzipiellen Unterschied zwischen der Stellung der Sozialdemokratie und derjenigen der bürgerlichen Friedensschwärmer scharf und klar herauszuheben. Worin besteht aber dieser Unterschied? [...] Unser ganzer Ausgangspunkt ist ein diametral entgegengesetzter: Die Friedensfreunde aus bürgerlichen Kreisen glauben, dass sich Weltfriede und Abrüstung im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung verwirklichen lassen, wir aber, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und des wissenschaftlichen Sozialis-

mus stehen, sind der Überzeugung, dass der Militarismus erst mit dem kapitalistischen Klassenstaate zusammen aus der Welt geschafft werden kann. [...]

Die bürgerlichen Friedensfreunde sind bemüht – und das ist von ihrem Standpunkt ganz logisch und erklärlich –, allerlei (praktische) Projekte zur allmählichen Eindämmung des Militarismus zu ersinnen, sowie sie naturgemäß geneigt sind, jedes äußere, scheinbare Anzeichen einer Tendenz zum Frieden für bare Münze zu nehmen, jede Äußerung der herrschenden Diplomatie nach dieser Richtung beim Wort zu fassen und zum Ausgangspunkt einer ernstesten Aktion aufzubauschen. [...] Damit wäre klar zum Ausdruck gebracht, was den Kern der sozialdemokratischen Auffassung bildet: dass der Militarismus in seinen beiden Formen – als Krieg wie als bewaffneter Friede – ein legitimes Kind, ein logisches Ergebnis des Kapitalismus ist, das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann, dass also, wer aufrichtig den Welt-

Ihre Überzeugung war fest, unerschütterlich – entweder wird der Kapitalismus aus der Welt geschafft, oder die Kriegsgefahr wird bleiben.

frieden und die Befreiung von der furchtbaren Last der Rüstungen wolle, auch den Sozialismus wollen müsse.»²

Ein klarer Appell an die eigenen Reihen, die Überzeugung, das Weltproletariat – zumindest in Europa – sei bereits gereift, das geschichtliche Werk zu vollbringen. Dass die Zeit, die dafür bleibe, wahrscheinlich sehr viel kürzer sei, als viele noch immer wahrhaben wollten, hänge damit zusammen, dass nur noch das Proletariat selbst in der Lage sei, die in den Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts herausgebildeten Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft zu verteidigen – allerdings nun nicht mehr innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft. Fast nahtlos knüpft sie hier an Erfahrungen an, die sie in der Revolution im Russischen Reich mit dem Scheitern des bürgerlichen Liberalismus machen konnte. Ihre damalige Diagnose: Zwei Lager stünden sich gegenüber, das der Arbeiterrevolution und das der Gegenkräfte. «Die Bahn schien frei für eine ruhige Kulturentwicklung, Illusionen, Hoffnungen auf eine schiefling-friedliche Auseinandersetzung zwischen der Arbeit und dem Kapital schossen in den Reihen des Sozialismus üppig in die Halme. [...] Krisen, Kriege, Revolutionen sollten überwundene Standpunkte, Kinderschuhe der modernen Gesellschaft gewesen sein, Parlamentarismus und Gewerkschaften, Demokratie im Staate und Demokratie in der Fabrik sollten die Pforten zu einer neuen, besseren Ordnung eröffnen. [...] Und statt des neuen Aufschwungs der Demokratie im Staate ein elender Zusammenbruch der letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie.»³

So stellt sich die klare Alternative, ist also der Entscheidungskampf, wie ihn die Geschichte noch nicht erlebt habe, näher gerückt: «Es ist einfach eine Utopie und eine gefährliche Illusion, sich einzubilden, dass irgendwelche diplomatischen Bündnisse Garantien des Friedens sein können. Alle Bündnisse haben nur

den Zweck, irgendeinen Außenstehenden desto besser abmurksen zu können. Wenn wir Klarheit schaffen wollen, müssen wir betonen, dass keine Bündnisse der kapitalistischen Staaten imstande sind oder auch nur den Zweck haben, den Frieden zu sichern. Das einzige Bündnis, das den Weltfrieden sichern kann, ist die Weltverbrüderung des internationalen Proletariats.»⁴ Solch Verbrüderung aber lässt sich nur durch die revolutionäre Aktion herstellen, so wie sie nach dem Ausbruch der Revolution im Januar 1905 sich zwischen dem russischen und dem polnischen Proletariat im Russischen Reich vollzog.

Selbst noch kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges klingt ihre scharfe Diagnose alles andere als resignierend: «Es zeigt sich ferner mit aller handgreiflichen Deutlichkeit, wie sehr die militaristischen Bündnisse, die nach der verlogenen offiziellen Darstellung, auf die naive Gemüter hereinfließen, Pfeiler des europäischen Gleichgewichts und des Friedens sein sollten, sich umgekehrt als mechanische Mittel trefflich bewähren, in einen lokalen Konflikt zweier Staaten alle anderen Großmächte hineinzuziehen und so einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Der Dreibund hat sich diesmal genauso ohnmächtig gezeigt, einen österreichischen Kriegsvorstoß zu verhindern, wie er vor drei Jahren außerstande war, Italien vor dem blutigen Abenteuer in Tripolis zurückzuhalten. [...] Fragt man freilich, ob die deutsche Regierung kriegsbereit sei, so kann die Frage mit gutem Recht verneint werden. Man kann den kopflosen Leitern der deutschen Politik ruhig zugestehen, dass ihnen in diesem Augenblick jede andere Perspektiv in lieblicherem Lichte erscheint als die, um des habsburgischen Bartes willen alle Schrecken und Wagnisse des Krieges mit Russland und Frankreich oder gar am letzten Ende mit England auf sich zu nehmen. Diese Kriegsunlust ist aber, weit entfernt, ein versöhnendes und achtunggebietendes Moment in den Augen der Volksmassen zu sein, vielmehr

ein Grund mehr, das Treiben dieser unverantwortlichen Lenker der deutschen Geschicke vor das strengste Gericht der Volksmassen zu ziehen. Denn was hat mehr zu der heutigen Kriegslage beigetragen als das wahnwitzige Rüsten, als die ungeheuren Militärvorlagen, die in Deutschland in den letzten Jahren förmlich einander jagten?»⁵

100 Jahre später ist die Welt weder von Kriegsgefahr noch Rüstungswahn befreit. Militärische Bündnisse ließen sich noch immer beschreiben, als führe Rosa Luxemburg scharf und präzise ihre Feder. Allein die welthistorische Alternative, von der sie sich leiten ließ, ist verschwunden. Der Zusammenbruch des sowjetischen Staatssozialismus in Europa ist unwiderruflich, das sozialistische Weltsystem, als welches der sich gern beschrieb, ist verschwunden. Rosa Luxemburgs damalige Vision war ohnehin weitergefasst, ein Sozialismus, der der Weltentwicklung hinterherlaufen muss, war ihr nicht vorstellbar: «Nicht ein an jedes gesonderte Fleckchen Erde angepasster ‹Sozialismus›, nicht die Diktatur im letzten Winkel ist die historische Mission des Proletariats, sondern die Weltrevolution, deren Ausgangspunkt aber die großstaatliche Entwicklung ist.»⁶

So bleibt uns die Friedensfrage, die heute zu den wichtigsten politischen Fragen überhaupt gehört. Gelöst werden muss sie nun innerhalb eines gesellschaftlichen Systems, das auf kapitalistischer Wirtschaftsordnung beruht, die vorerst nicht aus der Welt geschafft wird, sondern in allen Weltteilen ohne Ausnahme immer kräftiger ihre Wurzeln ausbildet. Auch

diese Möglichkeit hatte Rosa Luxemburg ausgeschlossen: «Der Kapitalismus ist [...] eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdrund auszubreiten und alle anderen Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet. Es ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein.»⁷

Zu den verlässlichsten Streitern für die Friedensfrage sind unterdessen jene von Rosa Luxemburg unterschätzten und belächelten «bürgerlichen Friedensschwärmer» geworden, die mit ihrer entschiedenen pazifistischen Grundhaltung aus der Friedensproblematik heute gar nicht wegzudenken sind. Viel skeptischer indes – und das nun wieder korrespondiert sehr mit Rosa Luxemburgs Überzeugungen – fällt der Blick auf jede Art geopolitischer Machtspiele, gleich nun, ob sie in Washington, Brüssel, Peking oder Moskau zu Hause sind.

Sich in der Friedensfrage zu engagieren, auch wenn die Aussichten, die Ursachen für Krieg und Hochrüstung aus der Welt zu schaffen, derzeit gering sind, ist unerlässlich. Also würde Rosa Luxemburg fordern: *Hic Rhodus, hic salta!*

¹ Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 63, Oktober 1911. ² Ebd., Bd. 2, S. 492 ff., Mai 1911. ³ Ebd., Bd. 3, S. 191 f., April 1913. ⁴ Ebd., Bd. 3, S. 450, Mai 1914. ⁵ Ebd., Bd. 3, S. 476 f., Juli 1914. ⁶ Luxemburg, Rosa: Nationalitätenfrage und Autonomie, hrsg. von Holger Politt, Berlin 2012, S. 110 f. ⁷ Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 5, S. 411.

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN

Ulrike Hempel ist Pressereferentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Luc Jochimsen ist Publizistin und war von 2006 bis 2013 kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Boris Kanzleiter ist Leiter des Auslandsbüros Südosteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad.

Zlatoje Martinov ist Chefredakteur der Belgrader Zeitschrift *Republika*, schreibt Kurzprosa und Literaturkritiken und betätigt sich auch als literarischer Übersetzer und Publizist.

Salvador Oberhaus ist Historiker und Leiter des Regionalbüros Rheinland-Pfalz der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Holger Politt arbeitet bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referent für editorische und historische Arbeit zu Rosa Luxemburg.

Jörn Wegner ist Historiker und forschte zu Antikriegsprotesten vor dem Ersten Weltkrieg.

Florian Weis ist Historiker und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

THEMATISCHE GESPRÄCHSKREISE

Gesprächskreis Geschichte
bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Kontakt: Bernd Hüttner, Referent für
Geschichtspolitik und Zeitgeschichte,
huettner@rosalux.de, Tel. 0173 6096101

Gesprächskreis Geschichte für die Zukunft
bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Kontakt: Cornelia Domaschke, Referentin
für historisch-biographisches Lernen,
domaschke@rosalux.de, Tel. 030 44310-151

HERAUSGEBER

**Arbeitsgruppe Zeitgeschichte und
Geschichtspolitik** in der Rosa-Luxemburg-
Stiftung, Leitung: Detlef Nakath
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg, d.nakath@bbg-rls.de

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



ROSALUX 1-2014

NACHHALL DER GESCHICHTE

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg – um seine Deutung wird erbittert gerungen

Vergriffen,

Download unter:

www.journal.rosalux.de



ROSALUX 2-2014

NACH DEM WACHSTUM

Debatte um Degrowth und gerechte Verteilung – Wege zum sozialökologischen Umbau der Gesellschaft

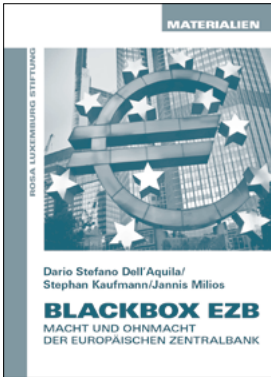
Bestellung unter:

bestellung@rosalux.de

Download unter:

www.journal.rosalux.de

AKTUELLE PUBLIKATIONEN



Dario Stefano Dell'Aquila/
Stephan Kaufmann/Jannis Milios

BLACKBOX EZB MACHT UND OHNMACHT DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK

Reihe «Materialien», Dezember 2013

Download unter:

www.rosalux.de/publication/40678



Fanny Zeise/Rabea Hoffmann (Hrsg.)

ERNEUERUNG DURCH STREIK - DIE EIGENEN STÄRKE NUTZEN

BEITRÄGE AUS WISSENSCHAFT UND PRAXIS

Reihe «Materialien», März 2014

Download unter:

www.rosalux.de/publication/40300



Redaktionsgruppe Degrowth (Hrsg.)

MEHR ODER WENIGER? WACHSTUMSKRITIK VON LINKS

Reihe «Materialien», August 2014

Download unter:

www.rosalux.de/publication/40728

Impressum

MATERIALIEN wird herausgegeben

von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Martin Beck

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, www.rosalux.de

Redaktion: Martin Beck, Henning Heine

Titelbild: Motiv «Fliegerpfeile» aus der Graphic Novel «Notre Mere la Guerre»/
«Unsere Mutter Krieg» der Künstler Kris & Mael. © der französischen Ausgabe:

Futuroplis (www.futuroplis.fr). © der deutschen Ausgabe: Splitter-Verlag

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Berlin, September 2014

**Zu einem Jahrestag wie
«100 Jahre Erster Weltkrieg»
kann es linker Geschichts-
politik nicht um einfache
Nacherzählung gehen.
Vielmehr muss die Deutung
der Vergangenheit in den
Mittelpunkt rücken und
die Frage, welche Folgen
die Ereignisse für die Gesell-
schaft bis heute haben.**